



tifs-Schriftenreihe
Gender- und diversitätsbewusste Theorie und Praxis

DOKUMENTATION

**(Queer-)Feminismen
im Dialog —
Elternschaft in Bewegung**

tifs-Schriftenreihe
Gender- und diversitätsbewusste Theorie und Praxis

DOKUMENTATION

(Queer-)Feminismen im Dialog – Elternschaft in Bewegung

Eine Veranstaltungsreihe des Forschungsinstituts tifs e.V.
November 2022 – Juni 2023

Die Dokumentation wurde finanziert aus
Landesmitteln, die der Landtag Baden-
Württemberg beschlossen hat.



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

Inhalt

Elternschaft in feministischen Bewegungen Podiumsdiskussion am 21. November 2022	07
Schwangerschaft und Geburt – selbstbestimmt? (Queer)feministische Positionen Podiumsdiskussion am 17. April 2023	18
Leben mit und ohne Kinder – (queer)feministische Utopien und Fallstricke Podiumsdiskussion am 26. Juni 2023	29
Fazit: Elternschaft bleibt in Bewegung: Verständigung als gelebte feministische Praxis.	44
Weiterführendes Material	51

Vorwort von tifs

↳
**(QUEER-)FEMINISMEN
IM DIALOG**
↳
**ELTERNCHAFT IN
BEWEGUNGEN**
↳
**SCHWANGERSCHAFT
UND GEBURT**
↳
**LEBEN MIT UND OHNE
KINDER**
↳
FAZIT
↳
**WEITERFÜHRENDES
MATERIAL**

Die Veranstaltungsreihe „**(Queer)Feminismen im Dialog – Elternschaft in Bewegung**“ steht im Zeichen einer solidarischen feministischen Debattenkultur – ein Anliegen, das uns im Forschungsinstitut tifs e.V. tief beschäftigt und verbindet. Bereits unsere letzte Tagung im Jahr 2021 war dem Thema *Verständigung und Konflikt in feministischen Politiken* gewidmet. Damals wurde unter anderem über Gemeinsamkeiten und Streitpunkte zwischen Feminismen und queeren Aktivismen sowie über innerfeministische Auseinandersetzungen um Sprache und Repräsentation sowie körperliche Selbstbestimmung diskutiert.

Die Idee zur Veranstaltungsreihe rund um Elternschaft entstand schließlich aus einer Diskussion um das 2022 erschienene Handbuch *Feministische Perspektiven auf Elternschaft*. Auf dem Umschlagtext findet sich folgende These:

„Elternschaft, eine ausgesparte Perspektive in der feministischen Auseinandersetzung. Lange Zeit beschäftigten sich feministische Debatten kaum mit Elternschaft und Familie. [...]“ (Haller/Schlender 2022: Handbuch Feministische Perspektiven auf Elternschaft)

Diese These löste bei uns ein kontroverses Gespräch aus, bei dem ganz unterschiedliche Perspektiven sichtbar wurden. Es kristallisierte sich die Erkenntnis heraus, dass es sich lohnen würde, einen intergenerationalen feministischen Verständigungsprozess zum Thema Elternschaft zu führen. Mit einer Förderung über Landesmittel, die das Land Baden-Württemberg beschlossen hat, konnte die Veranstaltungsreihe schließlich von November 2022 bis Juni 2023 durchgeführt werden.

Ziel der drei Podiumsdiskussionen war es, verschiedene (queer)feministische Positionen zum Thema Elternschaft hörbar zu machen und zusammenzubringen. Wichtig war uns dabei immer auch, auf die Verständigung zwischen den Generationen zu achten, da frühere feministische Kämpfe in den Kämpfen junger Generationen oft übergangen und umgekehrt die Kämpfe Jüngerer durch ältere Feminist*innen teilweise abgewertet werden. Wir wollten sowohl Kontinuitäten als auch Brüche sichtbar und verstehbar machen – und damit eine feministische Diskurskultur weiterentwickeln, die es ermöglicht, Konfliktlinien zu benennen. Dabei sollen sich widersprechende Positionen geäußert werden dürfen und zwar in einer Weise, in der die Auseinandersetzung dennoch achtsam bleibt und Unterschiede ausgehalten werden, anstatt Spaltungen zu betreiben. Gerade Diskussionen über polarisierende, scheinbar schwierige Themen haben das Potential, Erkenntnisse hervorzubringen, die uns in unserem Zusammenleben weiterbringen.

In der ersten Podiumsdiskussion „**Elternschaft in feministischen Bewegungen**“, welche am 21. November 2022 stattfand, wurde der Grundstein für diese Reihe gelegt. Die oben genannte These zu Elternschaft als Leerstelle in feministischen Debatten wurde diskutiert. Inwiefern sind ‚alte‘ Debatten in ‚neue‘ eingeflossen? Gibt es gemeinsame Interessen aller feministischen Bewegungen zu Elternschaft? Dabei wurde unter anderem an die Diskussionen rund um das „Müttermanifest“ aus den 1980er Jahren erinnert, Interventionen des *Black Feminism* erörtert und aktuelle queer-feministische Perspektiven dargelegt.

„Schwangerschaft und Geburt — selbstbestimmt!? (Queer)feministische Positionen“

war das Thema der zweiten Podiumsdiskussion, die am 17. April 2023 stattfand. Dabei ging es unter anderem um die Frage, wie Polarisierungen überwunden und tatsächliche Selbstbestimmung für gebärende Personen ermöglicht werden kann — ein Beispiel war die Kontroverse über klinische versus außerklinische Geburten. Außerdem fand ein Austausch darüber statt, inwiefern sich queere Personen in der Geburtshilfe und in feministischen Debatten darüber wiederfinden können.

Die dritte Veranstaltung „**Leben mit und ohne Kinder — (queer)feministische Utopien und Fallstricke**“ 26. Juni 2023 richtete den Blick auf die (Un)Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Lohnarbeit in kapitalistischen Verhältnissen und die Norm der heterosexuellen Kleinfamilie. Dabei ging es unter anderem um alternative Lebensentwürfe innerhalb dieser Verhältnisse wie Regenbogenfamilien, Wohnprojekte und Co sowie darum, wie eine queerfeministische Familienpolitik aussehen müsste.

Für jede Veranstaltung wurden drei bis vier Podiumsgäste geladen. Die erste Podiumsdiskussion wurde online via Zoom durchgeführt, die zwei folgenden vor Ort in Tübingen mit der Möglichkeit der Online-Zuschaltung. Die Moderation übernahm Bettina Staudenmeyer, seit vielen Jahren freiberufliche Sozialwissenschaftlerin beim Forschungsinstitut tifs und seit 2023 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Hebammenwissenschaft an der Ernst-Abbe-Hochschule in Jena.

Zu Beginn jeder Veranstaltung erfolgte von den Gästen ein Statement zum jeweiligen Thema aus ihrer Perspektive. Im Anschluss daran diskutierten sie untereinander, um schließlich das zahlreich erschienene und interessierte Publikum miteinzubeziehen. Um die Hemmschwelle für Wortbeiträge zu senken, wurde zum Austausch in Murmelgruppen eingeladen. Mit den Sitznachbar*innen konnte sich über folgende Fragen unterhalten werden:

- Welche Debattenstränge waren neu für Sie?
- Welche Perspektiven fehlen Ihnen?
- Welche Fragen haben Sie? Was würden Sie gerne diskutieren?

Daraufhin fand eine offene Diskussion im Plenum statt, welche sich bei allen drei Veranstaltungen reger Beteiligung erfreute. Besonders bereichernd war es, dass sowohl die Zusammensetzung der Referent*innen als auch des Publikums vor allem in Bezug auf Alter sehr heterogen war: so waren von U20-Studierenden bis zu Ü70-Rentner*innen mehrere Generationen vertreten. Aus dem Publikum kamen begeisterte Rückmeldungen, wie wertvoll dieser intergenerationale Austausch sei. Es scheint uns gelungen zu sein, einen Raum zu eröffnen, in dem Fragen gestellt werden konnten, die sonst nicht gestellt werden, und in dem ein respektvoller Umgang und eine Haltung des Dazulernen-Wollens gezeigt wurde.¹ Gleichzeitig fragen wir uns auch, wer nicht zu den Veranstaltungen gekommen ist, wer sich nicht angesprochen fühlte. Wir reflektieren diese Ausschlüsse und freuen uns über Rückmeldungen — auf dem Weg zu noch mehr Heterogenität und einem Safer Space für möglichst alle Feminist*innen.

Ein herzlicher Dank geht an unsere engagierten Referent*innen und alle anderen Teilnehmer*innen, die ihre Perspektiven, ihre Erfahrungen, ihr Unverständnis, ihren Respekt, ihre provokanten Thesen und solidarische Kritik mit uns geteilt haben.

Bettina Staudenmeyer für das tifs, September 2023

¹ Durch die Wiedergabe von Diskussionen einer heterogenen Gruppe, kommt es in dieser Dokumentation dazu, dass Begriffe wie Frauen, Frauen*, weiblich sozialisierte Personen, Mütter, Gebärende etc. nebeneinanderstehen, was wir als Teil der Verständigung verstehen und deshalb versucht haben, genauso widerzugeben.



Elternschaft in feministischen Bewegungen

Podiumsdiskussion am 21. November 2022

↘
**(QUEER-)FEMINISMEN
IM DIALOG**
↘
**ELTERNSCHAFT IN
BEWEGUNGEN**
↘
**SCHWANGERSCHAFT
UND GEBURT**
↘
**LEBEN MIT UND OHNE
KINDER**
↘
FAZIT
↘
**WEITERFÜHRENDES
MATERIAL**

Elternschaft — ist das überhaupt ein Streitpunkt für Feminist*innen, gibt es hier verschiedene feministische Positionen? Gemeinsam haben verschiedene Feminismen, dass traditionelle (Geschlechter)Rollen hinterfragt werden. Doch was heißt das nun in Bezug auf Elternschaft? Sollten wir keine Kinder mehr bekommen, um aus traditionellen Rollen auszubrechen? Oder sollten wir für eine Aufwertung von Mutterschaft² und Fürsorglichkeit kämpfen? Gilt die herkömmliche Anforderung, Kinder zu bekommen, überhaupt für alle Frauen und Menschen mit Gebärmutter? Sollten wir Kinder vielleicht nur noch außerhalb von heterosexuellen Kleinfamilien bekommen — oder ist das heute alles sowieso kein Problem mehr, weil die moderne Super-Mom Karriere, Kinder und politisches Engagement problemlos unter einen Hut bekommt? Und wie sieht es in (queer) feministischen Gruppen und Bewegungen aus? Sind diese auf Menschen mit Kind eingestellt oder müssen wir uns entscheiden: Aktivismus oder Kinder?

Diskutiert haben folgende Podiumsgäste:

Lisa Yashodhara Haller aus Berlin, Politikwissenschaftlerin. Ihre Promotion ist erschienen unter dem Titel „Elternschaft im Kapitalismus: staatliche Einflussfaktoren auf die Arbeitsteilung junger Eltern“. In der Politikberatung, Projektbegleitung und als politische Bildungsreferentin von Parteien, Wohlfahrtsverbänden und Sozialunternehmen wurde Haller mit der Transformation von Fachwissen in die sozialpolitische Praxis betraut. Als Postdoc war sie am SOP — Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Stiftung Universität Hildesheim im Projekt MOM Macht und Ohnmacht der Mutterschaft, am ISS — Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt a.M. für die Geschäftsstelle Dritter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung und am IfS Institut für Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main tätig. Gemeinsam mit Alicia Schlender hat sie das Handbuch „Feministische Perspektiven auf Elternschaft“ herausgegeben.

Verena Sulfrian aus Reutlingen, Dipl. Sozialpädagogin / Sozialarbeiterin, Mitbegründerin der Gruppe „LesKids, Lesben und Kinder in den 90er Jahren in Baden-Württemberg“. Sie lebt in lesbischer Elternschaft, hat einen erwachsenen Sohn und ist feministisch aktiv seit den 1970er-Jahren — unter anderem zu den Themen „Paragraf 218 — Schwangerschaftsabbruch“, „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen“ und bei der Gründung des heutigen Fachzentrums „Sichtbar — gegen sexualisierte Gewalt in Braunschweig e.V.“, außerdem zu den Themen „Frauen und Sucht“, binationale queere Familien bei den Lesben-Frühlingstreffen und im Mütter- und Nachbarschaftszentrum Reutlingen.

² Wir verstehen Mutterschaft als ein Konzept, das Gebärenden zugeschrieben wird, unabhängig davon, ob sie sich selbst als Frauen und/oder Mütter identifizieren.

Yandé Thoen–McGeehan aus Frankfurt, Erziehungswissenschaftlerin sowie Kinder- und Jugendpsychotherapeutin, promoviert derzeit zum Thema Mutterschaft im Kontext von Migration. Weitere Forschungsinteressen sind Rassismuskritik und psychoanalytische Entwicklungspsychologie. Im genannten Handbuch von Haller und Schlender hat sie den Artikel „Mutterschaft als Person of Color“ veröffentlicht. Ihr Romandebüt wird 2024 bei Kiepenheuer & Witsch erscheinen. Darin werden ihre Forschungsinteressen Feminismus, Rassismus und Mutterschaft ebenfalls zum Thema.

Maria Bitzan aus Reutlingen, Sozialwissenschaftlerin, pensionierte Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule Esslingen, hat in den 1990er Jahren das feministische Forschungsinstitut tifs mitbegründet. Sie hat eine erwachsene Tochter, ist feministisch aktiv seit den Siebzigerjahren, unter anderem im Kontext des Studiums Sozialpädagogik in Tübingen in der feministischen Fachschaft und bei den ersten Frauenseminaren. Im Rahmen des Kulturcafés Nepomuk gründete sie das feministische Frauencafé in Reutlingen mit. Bei der Podiumsdiskussion sprach sie über ihre Erinnerungen an feministische Debatten um Mutterschaft und Elternschaft der 1970er- und 80er Jahre — unter anderem mit Bezug auf das Müttermanifest von 1987.

Statements der Podiumsgäste

Für **Lisa Yashodhara Haller** war die These, dass Elternschaft eine gewisse Leerstelle in dem für Deutschland und Europa tonangebenden Gleichheitsfeminismus darstelle, ein Anlass, das Handbuch „Feministische Perspektiven auf Elternschaft“ herauszugeben. Sie wies darauf hin, dass bereits auf dem Umschlagtext eine Kontextualisierung dieser These vorgenommen wird. Es gehe nicht darum, dass Elternschaft komplett ausgespart geblieben sei, sondern dass Mutterschaft primär Gegenstand von Abgrenzungsbemühungen innerhalb des sogenannten Gleichheitsfeminismus gewesen sei. Die von ihr so bezeichnete „Gleichheitsfeministin“ Simone de Beauvoir etwa benannte Mutterschaft als Sklaverei. Renommiertere Vertreterinnen des Gleichheitsfeminismus — so Haller — orientierten sich an der Gleichheit mit Männern: ungebunden und als Frauen von Fürsorge befreit. Freiheit werde hier als individuelle Autonomie verstanden und diese wiederum durchweg positiv konnotiert. Dass das autonome männliche Subjekt auch Gegenstand von Abgrenzungsbemühungen im Feminismus sein kann, sei dem sogenannten „Differenzfeminismus“ vorbehalten geblieben, der in Deutschland nicht renommierter gewesen sei. Die Vorstellung, dass Freiheit auch aus Bindung und damit aus Angewiesenheit resultieren könne, sei in Deutschland eine marginale Position — bis heute. Außerhalb weiß-europäischer Denkrichtungen, beispielsweise im US-amerikanischen *Black Feminism*, sei das anders: dort wurde schon sehr früh Mutterschaft als Handlungsmacht und Selbstbestimmung konzeptualisiert.

Die Idee zum Handbuch sei aber nicht nur aus einer Abarbeitung am Gleichheitsfeminismus entstanden, sondern auch aus der Wahrnehmung, dass in der feministischen Bewegung in Bezug auf Elternschaft eine Veränderung stattgefunden habe: In den letzten Jahren kam ein Bestseller nach dem anderen mit queeren Perspektiven auf Elternschaft auf den Markt, so z.B. „The Mamas and the Papas“ (2017), „Nicht nur Mütter waren schwanger“ (2018) und „Kinderkriegen: Reproduktion reloaded“ (2020)³. Diese Bücher geben persönliche Erfahrungen wieder. Interessanterweise sei Mutterschaft dabei nicht mehr länger Gegenstand von Abgrenzung, sondern eine Art „begehrtes Gut“. Mit dem Handbuch sollten nun aktuelle wissenschaftliche Perspektiven auf das Thema Elternschaft zusammengetragen werden.

Parallel zum Erscheinen des Handbuches wurde der Koalitionsvertrag der deutschen „Ampelregierung“ (SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne) veröffentlicht, in dem eine ganze Reihe

3 Mecklenbrauch, Annika; Bäckmann, Lukas (2017): *The Mamas and the Papas. Reproduktion, Pop & wider-spenstige Verhältnisse*. Mainz: Ventil Verlag.
Tretau, Alisa (2018): *Nicht nur Mütter waren schwanger. Un-erhörte Perspektiven auf die vermeintlich natürlichste Sache der Welt*. Münster: edition assemblage.
Peveling, Barbara; Richter, Nikola (2020): *Kinder kriegen. Reproduktion reloaded*. Hamburg: Edition Nautilus.

an Forderungen in Bezug auf Elternschaft aufgegriffen wurden, die aus der queeren Community kamen. Elternschaft soll juristisch neu justiert werden. Unter dem Deckmantel der Gleichstellung finde aber nach Hallers Einschätzung zugleich ein Abbau von Mütterrechten statt. Im Rahmen der politischen Überlegungen der „Ampelregierung“ zu Elternschaft werden aktuell viele Themen des Handbuchs neu diskutiert, wodurch eine aktualisierte Neuauflage des Buches notwendig und in Planung ist. Viele der aktuellen Veranstaltungen zum Handbuch haben im Subtext die Frage zum Ausgangspunkt, wie feministisch diese Neujustierung von Elternschaft und daran anknüpfende Vorhaben des Koalitionsvertrags sind.

Maria Bitzan ging in ihrem Statement aus der Perspektive einer „Bewegungsfrau“ auf feministische Auseinandersetzungen der 1970er und 80er Jahre in der Bundesrepublik ein. Dazu bezieht sie sich zunächst auf die Zeit des Nationalsozialismus, als die Fortschritte der Frauenbewegung Ende des 19./ Anfang des 20. Jahrhunderts in der Weimarer Republik zurückgenommen wurden. Frauen, die als ‚arisch‘ galten, wurden wieder sehr stark auf eine Mutterfunktion festgelegt, wohingegen ‚andere‘, insbesondere rassifizierte Frauen keine Kinder bekommen sollten. Das Mutterideal der Nazis wurde in den 1950er und 60er-Jahren fortgesetzt: für Frauen waren „Kinder, Küche, Kirche“ vorgesehen. Vor diesem Hintergrund ist leichter nachvollziehbar, dass in den 1960er und 70er Jahren in feministischen Kontexten eine Auflehnung gegen diese Zuweisungen entstand: Ein Protest dagegen, Weiblichkeit und Mutterschaft gleichzusetzen. Es ging darum, die Festlegung von Frauen auf Mutterschaft als Emanzipationshemmnis zu identifizieren. Damit verbunden war eine weiterreichende Kritik an der ungesehenen und unbezahlten Arbeit von Müttern. Unter dem Slogan „Arbeit aus Liebe“⁴ analysierten Feministinnen, dass die typische Arbeit, die wesentlich Mütter leisten, nicht als „Arbeit“ (an)erkannt, sondern als „Liebe“ bezeichnet wird. Damit werde ihr Charakter als Arbeit verleugnet und Mütter zu unbezahlten Dienstleisterinnen ihrer Ehemänner degradiert. Noch tiefergehend war der viel diskutierte „Bielefelder Ansatz“⁵: Er verband ökonomische Strukturen grundlegend mit der Analyse von Hausarbeit und zeigte, dass kapitalistische Strukturen nur durch Ausbeutung unbezahlter, häufig verdeckter Arbeit funktionieren können.

Allgemein formuliert ging es der sogenannten Neuen Frauenbewegung zentral um das Recht auf Selbstbestimmung. Das bedeutete unter anderem das Recht, nicht Mutter werden zu müssen bzw. selbst darüber bestimmen zu können, Mutter zu werden oder nicht. Damit verbunden waren dann konkrete Themen wie der Kampf gegen das Abtreibungsverbot, Bemühungen um eine natürliche Verhütung, die nicht auf Eingriffen von außen oder der Einnahme toxischer Pillen basiert, aber auch das Recht auf Sterilisation, welches weißen Frauen (ohne Behinderung) zumeist verwehrt wurde – während sie anderen Frauen aufgezwungen wurde. Heftige Debatten entzündeten sich daran, ob es in dieser Gesellschaft überhaupt verantwortungsvoll sein könne, Kinder zu bekommen. Auch die bürgerliche Ehe als einziger gesellschaftlich akzeptierter Platz für das Aufwachsen von Kindern wurde als Konstrukt zur Unterdrückung der Frauen abgelehnt. Viele Feministinnen hätten sich auf die Suche nach freieren Lebensformen gemacht. Autonomie wurde damals laut Maria Bitzan durchaus nicht einfach als männliches Ideal diskutiert, sondern eher als „nicht von Männern bestimmt“ und sehr wohl auch gedacht als bewusstes „In-Beziehung-Sein“, als Angewiesen-Sein aufeinander, aber eben selbstgewählt. Gleichzeitig gab es auch feministische Strömungen, die Weiblichkeit an sich positiv sahen und aufwerten wollten. Bitzan machte deutlich, dass sie die Schubladen „Gleichheitsfeminismus“ und „Differenzfeminismus“ nicht sinnvoll findet, weil sie vereinfachend seien und nicht dem gerecht werden, was damals diskutiert wurde. Die Gruppen, in denen sich Bitzan in den 1980ern und 90ern bewegte, bezogen sich neben der genannten Kritik z.B. auch auf den „Mailänderinnen-Ansatz“, welcher der-

4 Bock, Gisela/Duden, Barbara: Arbeit aus Liebe — Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.): Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur 1. Sommeruniversität für Frauen, Berlin 1977.

5 Werlhof, Claudia von/ Bennholdt-Thomsen, Veronika/ Mies, Maria, 1983–1992.: Frauen, die letzte Kolonie, Technologie und Politik 20, Reinbek: Rowohlt, 1983 und 1988 (2. Aufl.); Zürich: Rotpunkt 1992 (3. Aufl)

zeit als differenzfeministisch eingestuft werde. Die Hauptrichtung dieses Ansatzes war, dass sich Frauen anderen Frauen anvertrauen, voneinander lernen und miteinander die Gesellschaft durchdenken, anstatt sich ihre Ideen vom Patriarchat diktieren zu lassen. Hierunter gab es auch Bestrebungen, Mutterschaft aufzuwerten.

Einen weiteren starken Akzent setzte in den 80er Jahren im Kontext der Partei Die Grünen ein sogenannter „Mütterkongress“ — der erste dieser Art in der Bundesrepublik. In seiner Folge entstand das „Müttermanifest“, das 1987 von Gisela Erler unter dem Titel: „Leben mit Kindern, Mütter werden laut“⁶ zu Papier gebracht wurde. Dieses Manifest brachte innerhalb der feministischen Bewegung heftige Kritiken hervor, besonders an der unkritischen Affirmation der Mutterrolle und Mutterschaft, die Bitzan damals teilte. Die Formulierungen des Manifests wurden zudem als aggressiv gegenüber anderen Feministinnen (ohne Kinder) empfunden. Aus heutiger Sicht stellte Bitzan fest, dass beiden Seiten damals ein dialektischer Blick auf den Konflikt fehlte.

Andere Aspekte aus dem Müttermanifest würde Bitzan mittlerweile nämlich als produktiv und politisch weitreichend einordnen: z.B. dass sich Mütter auf dem Mütterkongress selbst vertraten, sowie die Forderungen, öffentliche Strukturen so zu verändern, dass Kinder selbstverständlich teilhaben können. Außerdem solle es Kinderbetreuung auf politischen Veranstaltungen geben, sowie kollektive Mittagstische und die Überwindung von engen Familiengrenzen. Problematisch dagegen sei die Tendenz zur Idealisierung oder Überhöhung von Mutterschaft — wie beispielsweise im Satz: „Wir sind in unserer jetzigen Lebensphase, in unserer Identität hauptsächlich Mütter und gerne Mütter“. Ähnlich wie in anderen feministischen Gruppen in der Bundesrepublik waren auch auf dem Mütterkongress größtenteils akademische, weiße Frauen — und damit deren Perspektiven — präsent. Deutlich wurde in Bitzans Beitrag, dass um das Thema Mutterschaft in den 70er und 80er Jahren in feministischen Gruppen sehr heftige und emotionale Debatten geführt wurden.

Yandé Thoen-McGeehan berichtete zu Beginn ihres Statements, wie ihr beim Schreiben des Beitrags „Elternschaft als Person of Color“ für das „Handbuch feministische Perspektiven auf Elternschaft“ auffiel, dass sie beim Gedanken an Mutterschaft keine Frau vor Augen hatte, die wie sie selbst aussieht, sondern dass sie an eine weiße Frau denken musste, die ein weißes Kind auf dem Arm hat. Als Psychotherapeutin arbeite sie viel mit inneren Bildern und deren Wirkmächtigkeit. Auch im Wissenschaftskontext sei die Wirkmacht von Sprache präsenter geworden, ebenso wie die Art und Weise, wie wir über etwas sprechen und wie innere Bilder geformt und überformt werden. Mutterschaft in Deutschland habe viele verschiedene Formen, aber unser Nachdenken darüber sei sehr stark auf eine weiße, bürgerliche Kleinfamilie beengt. Diese Diskrepanz zwischen Realität und inneren Bildern verweise darauf, dass wir alle von einer Norm geprägt sind, die nicht der Lebensrealität der meisten Menschen entspricht.

Vor einigen Jahren begann Thoen-McGeehan ihre Promotion im Anschluss an ein Forschungsprojekt, in dem nach der „migrierten Mutter“ gefragt wurde. Aus der „Frau mit Migrationserfahrung“ wurde irgendwann die „Frau mit einer anderen Kultur“ und sie vermisste zunehmend einen Begriff, der auch Race oder Rassismus mitbezeichnen könnte. Der Begriff „People of Color“ oder „Woman of Color“ sei eher behelfsmäßig, um zu verstehen und zu benennen, dass jemand nicht weiß ist und um dies als gesellschaftliche Position zu markieren. Denn die Erfahrungen, als afghanische, türkische oder arabische Frau, als Schwarze oder asiatische Deutsche durch die Welt zu gehen, weisen Parallelen zueinander auf. Diese Erfahrungen machen die weiße Frau in der bayrischen Kleinstadt oder die neuseeländische junge Mutter, die kein Wort Deutsch spricht, nicht.

6
 Das Müttermanifest. Thesen
 von Gisela Erler 1987 [https://
 zwanzigtausendfrauen.
 at/2011/05/das-mut-
 termanifest-thesenpapier-
 1987-von-gisela-erler/
 \[Zugriff: 03.11.2023\]](https://zwanzigtausendfrauen.at/2011/05/das-muettermanifest-thesenpapier-1987-von-gisela-erler/)

Ein Beispiel aus dem US-amerikanischen Kontext bebildert, wie massiv die Lebensrealität dieser imaginierten *weißen* Mutter von einer Mutter of Color abweichen kann: Mit „Giving Someone The Talk“ wird im afroamerikanischen Kontext das Gespräch benannt, welches Eltern mit ihren Kindern führen, um sie vor rassistischer Polizeigewalt zu warnen. Wir alle haben von unbewaffneten Schwarzen Zwölfjährigen gehört, die in den USA auf offener Straße von der Polizei erschossen werden. Eine solche Lebensrealität wirke fundamental auf Mutterschaft, in diesem Fall Schwarze Mutterschaft, und ist etwas, das in einer *weißen* Perspektive nicht vorkomme. Solche massiven Marginalisierungserfahrungen Schwarzer Frauen bzw. die Bedrohungen ihrer Kinder in den USA zeigen, was in den Blick genommen werden muss, wenn wir breit über Mutterschaft nachdenken. Im deutschsprachigen Raum haben wir es mit einer anderen Bevölkerungsstruktur und anderen historischen Hintergründen zu tun. Hier macht möglicherweise eine Hidschab-tragende muslimische Mutter besonders starke *Othering*-Erfahrungen, so Thoen-McGeehan.

Es gehe also darum, genauer zu schauen, welche Erfahrungen von Marginalisierung jeweils im Vordergrund stehen, und welche Fragen vielleicht weniger bedeutungsvoll sind als bei der Mutter, die wir vor unserem inneren Auge haben. In dem Forschungsprojekt von Thoen-McGeehan diskutierten u.a. eine kenianische junge Mutter, eine gut ausgebildete türkische junge Frau und eine mexikanische Künstlerin miteinander. Sie seien dabei auf ganz neue Differenzlinien gestoßen bei der Frage, was die Kämpfe von Mutterschaft ausmache.

Verena Sulfrían startete in ihrem Statement mit der immensen Aufdeckungsarbeit feministisch aktiver Frauen in den 1980er Jahren — u.a. zu sexualisierter Gewalt. Das Ausmaß dieser Gewalt war bis dahin nicht bekannt. Das gesellschaftliche Klima gegenüber Feministinnen sei alles andere als wohlwollend gewesen. In den Gruppen untereinander gab es viele Differenzen im Verständnis von dem, was eine feministische Haltung beinhalten müsse — sowohl unter hetero Frauen als auch unter lesbischen Frauen und vor allem zwischen den ‚Gruppen‘. Viele feministische Aktivistinnen lehnten eine Lebensidee, die „Kinder, Kirche, Küche“ beinhaltet, ab. Sie wollten oft keine oder sehr spät Kinder bekommen und nur selten eine Ehe eingehen. Das Müttermanifest habe Verena Sulfrían damals nur am Rande wahrgenommen als Überhöhung von Mutterschaft und als tendenziell diskriminierend gegenüber lesbischen Frauen.

Sulfrían berichtete, dass sie in ihrem queeren Leben u.a. lange Zeit mit einem Mann zusammen gewesen sei. Heiraten war damals kein Thema, aber einen Kinderwunsch habe sie durchaus gehabt, ohne ihn zu realisieren. 1993 kam sie dann mit ihrer heutigen Ex-Frau — einer in Deutschland lebenden Tschechin — zusammen. Das Zusammenleben gestaltete sich finanziell und aufenthalts-technisch schwierig. Tschechien war damals noch nicht in der EU und es gab es noch keine eingetragene Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Prägend war für sie das Zitat von Audre Lorde: „Die *weißen* Männer sagten: ‚Ich denke, also bin ich‘. Aber die Schwarze Frau in uns allen flüstert in unseren Träumen: ‚Ich fühle, also kann ich frei sein‘.“⁷

Neben dem erneuten Kinderwunsch entwickelte Sulfrían in der lesbischen Beziehung auch den Wunsch zu heiraten. Warum? Was hatte sich geändert? Die Ehe hatte sie immer als patriarchales Instrument verstanden, u.a. weil bis 1977 verheiratete Frauen nicht frei entscheiden konnten, ob sie erwerbstätig sein wollen oder nicht, und weil eine Vergewaltigung in der Ehe bis 1997 nicht strafbar war. In ihrer lesbischen Beziehung dagegen stand der Wunsch im Vordergrund, ihre Beziehung (rechtlich) abzusichern, was jedoch noch nicht möglich war. Erst seit 2001 gibt es die Lebenspartner*innen-schaft und seit 2017 die „Ehe für alle“, wobei das problematische Stiefkind-Adoptions-

7
Audre Lorde 1991: „Vom Nutzen der Erotik“, in: Schultz, Dagmar: *Macht und Sinnlichkeit: ausgewählte Texte* Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1991, 187–194 (zuerst 1983)

verfahren⁸ bis heute besteht. Auch ohne Absicherung beschlossen die beiden, ihren Kinderwunsch zu realisieren. Es war ein langer Weg, der schließlich mit Hilfe einer tschechischen lesbischen Ärztin gelang. Sie entschieden sich für eine Hausgeburt, u.a. weil sie im Krankenhaus als lesbisches Paar mit Diskriminierungen rechneten.

Die beiden trafen in ihrem Umfeld zumeist auf ein neugieriges, wohlwollendes Interesse und erlebten viel Unterstützung von lesbischen und auch hetero Freundinnen und Freunden. Alltagsdiskriminierungen passierten „nebenbei“, z.B. durch die Frage, wo oder wer der Vater sei. Wichtig war die damals gegründete LesKids-Gruppe, „Lesben und Kinder“ in Baden-Württemberg. Ziel der Gruppe war es, sich gegenseitig zu unterstützen, zu stärken und zu erreichen, dass ihre jeweiligen Kinder andere Regenbogenfamilien kennenlernen. Die Kinder sollten spüren, dass sie nicht allein sind und dass sie gesellschaftlich dazugehören. So sollte ihnen ein möglichst normales Aufwachsen ermöglicht werden. War das ein feministisches Anliegen? Ja, in vielerlei Hinsicht, bilanzierte Sulfrian und verwies auf den wichtigen Slogan „Das Private ist politisch“. In der Gruppe ging es um die gesamte Lebensrealität lesbischer, queerer Familien. Beispielsweise wurde besprochen, wie die Familien auf Homofeindlichkeit reagieren können, welche Erfahrungen sie in Kita und Schule gemacht haben etc. Es wurde auch reflektiert, wie die Care-Arbeit innerhalb des Paares aufgeteilt wird – und es war sehr oft nicht gleichberechtigt. Es wurde deutlich, dass nicht alles automatisch „feministischer“ bzw. gerechter läuft, nur, weil zwei Frauen zusammen ein Kind bekommen. Gleichzeitig verspürten lesbische Eltern einen großen Druck, dass bei ihnen immer alles gut laufen müsse: nicht auffallen, und wenn doch, dann wenigstens positiv. Im und aus dem Umfeld der LesKids Gruppe entstanden verschiedene weitere politische Gruppen wie z.B. Ilse Süd (Initiative lesbisch schwuler Eltern im LSVD) und seit 2022 BerTA-Regenbogenfamilien⁹ in Stuttgart sowie BIG Regenbogenfamilien¹⁰ als Zusammenschluss von Regenbogenfamilienzentren.

Thoen-McGeehan ergänzte, dass es eine Gemeinsamkeit marginalisierter Eltern sei, dass ein besonders anspruchsvoller Blick auf sie gerichtet ist.

Diskussion auf dem Podium und mit dem Publikum

Yandé Thoen-McGeehan eröffnete die Diskussion mit einer ad hoc entwickelten These: Die verschiedenen Phasen der feministischen Bewegung könnten mit dem Blick der Entwicklungspsychologie interpretiert werden. Zunächst lag der Fokus auf Abgrenzung und Befreiung aus Zwängen – quasi ein trotzig-adoleszenter Habitus. Die Abgrenzung weißer Feministinnen von der Erwartung der Mutterschaft könne auf diese Weise gedeutet werden. Danach komme entwicklungspsychologisch eine Phase, in der wieder Raum für Ambivalenzen entstehe mit der Möglichkeit, das zuvor strikt Abgelehnte doch zu akzeptieren, aber in veränderter Form. So müssten die verschiedenen Positionen im Feminismus zu Elternschaft kein Widerspruch sein, sondern könnten als Ausdruck verschiedener Seiten von Ambivalenzen gesehen werden. Der Ambivalenzthese zustimmend ergänzte Maria Bitzan, dass sich die Positionen zum Kinderbekommen in den späten 80ern/90ern schon wieder offener zeigten. Denn mittlerweile gab es eine etablierte Frauenbewegung und die ersten Institutionalisierungen von Frauenprojekten – also eine Infrastruktur, auf die sich auch feministische Mütter stützen konnten.

Eine Teilnehmerin aus dem Publikum erweiterte die Diskussion um Elternschaft auf die DDR und Ostdeutschland. Dort habe Kinderlosigkeit als Zeichen von Emanzipation kaum Bedeutung gehabt, sondern eher die gelungene Vereinbarkeit von Lohn- und Familienarbeit. Die damit einhergehende Mehrfachbelastung sei von Feministinnen nicht problematisiert worden. In der Folge führe das ihrer Beobachtung nach heute

8
„Wenn ein Kind in die Beziehung eines Frauenpaares hineingeboren wird, wird nach dem geltenden Abstammungsrecht nur die Geburtsmutter rechtliche Mutter des Kindes. Ihre Partnerin muss das Kind im Wege der Stiefkindadoption adoptieren, um rechtlicher Elternteil zu werden.“ <https://www.lsvd.de/de/ct/1298-Ratgeber-Stiefkindadoption-bei-lesbischen-Regenbogenfamilien> [Zugriff: 03.11.2023]

9
BerTA „ist ein Ort für homo- und bisexuelle, trans* inter* und queere (werdende) Eltern. Bei uns treffen sich Regenbogenfamilien, tauschen sich aus und lassen sich beraten. Kinder und Jugendliche aus Regenbogenfamilien haben bei uns ebenso ihren Platz wie Großeltern und andere Angehörige.“ <https://regenbogenfamilien-stuttgart.de/ueber-uns/> [Zugriff: 03.11.2023]

10
„Ende 2018 hat sich in München im Rahmen eines bundesweiten Fachkräfteaustauschs die Bundesinteressengemeinschaft Regenbogenfamilien-Fachkräfte gegründet, die sich seither mit Stellungnahmen und Kommentaren in die politische und juristische Debatte rund um Regenbogenfamilien zu Wort meldet. Darüber hinaus stehen die Vernetzung und der Fachaustausch im Fokus.“ <https://big-regenbogenfamilien.de/> [Zugriff: 03.11.2023]

zwischen jungen feministischen Müttern und deren eigenen Müttern zu anderen Konflikten als in Westdeutschland. Die jüngere Generation im Osten thematisiere nun die von ihren Müttern verschwiegene eigene Erschöpfung und die Mehrfachbelastungen. Allerdings, so Lisa Yashodhara Haller, dürfe man nicht überheblich von „verspäteter Abgrenzung“ sprechen — es gelten in Ost- und Westdeutschland einfach nach wie vor unterschiedliche Mutterschaftsideale. Deshalb habe beispielsweise auch die häufig gebrauchte negative Zuschreibung „Rabenmutter“ jeweils andere Konnotationen. In Westdeutschland beziehe sich dieser Begriff nach wie vor häufig auf erwerbstätige Mütter, in Ostdeutschland hingegen eher auf Frauen, die Kinder, Haushalt und Erwerbstätigkeit nicht gleichzeitig schaffen. Das bei der älteren Generation noch wirksame sozialistische Mütterideal führe dann zu Vorwürfen wie: „Was stellst du dich so an? Wir hatten doch damals viel mehr zu tun, ihr habt es heute so einfach im Kapitalismus.“ Dabei werde übersehen, dass die sozialistischen materiellen Rahmenbedingungen für Mutterschaft komfortabler waren als im heutigen Kapitalismus: Durch die Selbstverständlichkeit der Müttererwerbstätigkeit und der vergesellschafteten Kinderbetreuung waren die Lebensmodelle anders als in der Bundesrepublik. Maria Bitzan berichtete in diesem Zusammenhang von einer Reise mit ihrer feministischen Frauengruppe nach Erfurt und Leipzig kurz nach Zusammenbruch der DDR, um sich dort mit feministischen Gruppen auszutauschen. Die DDR-Feministinnen hätten sich gewundert, dass im Unterscheid zu ihnen die aus der Bundesrepublik angereisten Frauen allesamt keine Kinder hatten. Sie selbst hatten sehr gute Netzwerke zur Kinderbetreuung und zur Absicherung der Kinder, falls sie bei ihrem politischen Engagement verhaftet werden oder andere Schwierigkeiten auftauchen sollten. Das beeindruckte die westdeutsche Gruppe und war ein Thema, mit dem sie sich bisher nicht zu befassen hatte. Umgekehrt fanden die Frauen aus der DDR die Überlegung spannend, alternative Lebensentwürfe zu Mutterschaft zu entwickeln. Die feministischen Diskurse rund um Elternschaft unterschieden sich im Osten und Westen Deutschlands also stark, was sicherlich bis heute Auswirkungen habe.

Allerdings stellte sich das Thema Kinderwunsch auch im Westen für unterschiedliche Frauengruppen ganz unterschiedlich dar. Für die einen war es eine wichtige Erkenntnis, auch ohne Kinderwunsch bzw. ohne gelebte Mutterschaft „vollwertig“ zu sein, für die anderen die Möglichkeit, auch in lesbischer Partnerschaft oder als Frau mit Behinderung einem Kinderwunsch Raum geben zu dürfen. Dazu passt das theoretische Konzept der Reproduktiven Gerechtigkeit, bei dem nicht nur das Recht auf Abtreibung, sondern auch das Recht auf Mutterschaft miteinbezogen werden. Die Schwarze Frauenbewegung — daran erinnerte Yandé Thoen-McGeehan — machte deutlich, dass Frauen sich je nach gesellschaftlicher Position mit unterschiedlichen Formen der Unterdrückung konfrontiert sahen, auch wenn es um ihre Mutterschaft ging. Der Kampf gehe somit nicht nur um das Recht auf Abtreibung, sondern hinsichtlich Frauen of Color, Frauen mit Behinderung oder nicht-akademischer Frauen auch um das Recht darauf, überhaupt Kinder zu bekommen und Kinder in Sicherheit großziehen zu können. Denn die (meistens unausgesprochenen) historisch gewachsenen gesellschaftlichen Normen, dass vorzugsweise bestimmte Frauen Kinder bekommen sollen und andere nicht, bleiben wirkmächtig. In der Vergangenheit wurden diese Normen u.a. durch Zwangssterilisationen von Frauen mit Behinderung oder indigenen Frauen umgesetzt.

Eine kleine Kontroverse entstand auf dem Podium bei der Anmerkung von Lisa Yashodhara Haller, dass insbesondere akademische Mutterschaft gesellschaftlich unerwünscht sei, da Akademikerinnen im Kapitalismus besonders gut verwertbar seien. Es wurde entgegnet, dass die Elterngeld-Politik einkommensstarke Mütter in besonderem Maße privilegiere. Eltern ohne deutschen Pass seien dagegen vom Elterngeld ausgeschlossen. Es wurde konstatiert, dass wir es mit einer Gleichzeitigkeit zu tun hätten: Kinder akade-

mischer Eltern seien einerseits erwünscht, da sie selten vom Staat finanziell unterstützt werden müssen, zugleich jedoch berücksichtigen universitäre Strukturen Elternschaft oftmals nicht bzw. können Frauen auch diskriminieren. Eine ZuhörerIn aus dem Netzwerk „Mutterschaft und Wissenschaft“ berichtete, dass die Pandemie die vorhandene massive Mütterdiskriminierung an Hochschulen verschärft habe. Dabei zeigten sich gerade im Bereich der Hochschulen unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten für weiße und Schwarze WissenschaftlerInnen — auch jenseits von Elternschaft, wie eine andere ZuhörerIn ergänzt. Auch diese Machtunterschiede müssten in den Blick genommen werden.

Im Anschluss wurde der Blick noch einmal hin zu feministischen Bewegungen gewendet: Können Menschen mit Kindern an feministischen Gruppen teilhaben? Welche Diskurse über Elternschaft und Kinder sind aktuell prägend? Lisa Yashodhara Haller stellte hierzu seit ihrer Studienzeit Veränderungen fest. Damals wurde sie mit ihrem Dissertationsthema oft zu Veranstaltungen eingeladen, bei denen erwartet wurde, dass sie sich als Feministin von Mutterschaft abgrenze. Heute erlebe sie zum einen in ihrer universitären Lehre, dass sich junge, feministische Studierende sehr intensiv für die Themen Elternschaft und Familienpolitik interessierten — u.a. deshalb, weil sie die Realisierung eines eigenen Kinderwunsches gut planen und absichern wollen. Zum anderen erlebe sie heute auf feministischen Veranstaltungen, dass teilweise eine gute Infrastruktur für Kinderbetreuung während der Veranstaltung vorhanden sei. Auch das habe es vor zehn Jahren so noch nicht gegeben. Hier schlug Bettina Staudenmeyer eine Brücke zum Mütterkongress der 80er Jahre, auf dem erstmalig eine Kinderbetreuung geschaffen wurde, die qualitativ so gut gewesen sei, dass die Mütter ihre Kinder gerne und mit gutem Gewissen dort abgegeben hätten. Beim Blick auf heutige Tagungen etwa dränge sich der Eindruck auf, dass die Anforderung, Menschen mit Kindern in feministischen Gruppen mitzudenken, keinesfalls fest verankert ist. Staudenmeyer berichtete von einer studentisch geprägten, feministischen Gruppe, in der sie selbst organisiert war. In dieser Gruppe gab es einerseits Bestrebungen, heterogener zu werden und andererseits mangelte es an Konzepten, die schon bestehende Heterogenität — z.B. Aktivistinnen mit und ohne Kind — sichtbar zu machen und die daraus resultierenden verschiedenen Bedürfnisse in Einklang zu bringen.

Zur Frage nach den heutigen Veränderungen berichteten andere Teilnehmende, dass bei jungen Frauen an den Hochschulen seit einigen Jahren Heiraten und Kinderbekommen wieder sehr „en vogue“ sei. Auch die feministische Kritik an der Ehe sei nicht mehr so bekannt und geteilt. Es gebe vielmehr eine neue Lust am Heiraten und die Vorstellung, dass eine gleichberechtigte Partnerschaft alle Probleme der Mutterschaft lösen würde. Dabei zeigen Studien, dass sich bei der Verteilung der Care-Arbeit innerhalb von Paarbeziehungen in den letzten Jahren wenig verändert hat. Lisa Yashodhara Haller warf ein, dass das Kinderkriegen im Rahmen einer Ehe immerhin finanziell abgesichert sei. Sie könne insofern nicht nachvollziehen, weswegen das Kinderkriegen jenseits einer Ehe feministischer sein solle als im Rahmen eines Vertrags, der auch den anderen Elternteil miteinbeziehe. Obwohl die Ehe ursprünglich eine patriarchale Institution war, sei sie heute absolut dazu geeignet, Freiheit zu leben in Bezug auf Liebe und Sexualität mit gleichzeitiger Absicherung durch Unterhalt und Rentenansprüche und — im Falle eines heterosexuellen Paares — der väterlichen Verantwortung für die Kinder. Nicht zuletzt da rechtlich der zweite Elternteil durch die eheliche Verbindung und nicht notwendigerweise durch eine genetische Abstammung bestimmt ist, sei die Ehe derzeit die vertraglich idealste Rahmung einer Familiengründung. Zu dieser provokativen Einschätzung gelang sie angesichts der großen Zahl linker, feministischer Frauen, die in heterosexuellen Beziehungen nicht heiraten, die Care-Arbeit aber mehr oder weniger alleine übernehmen und sich selbst finanzieren müssen. Die Männer aber seien aus allem raus. Sie

empfehl deshalb einen Perspektivwechsel dahingehend, die Ehe heute als finanzielle und rechtliche Rahmung für Elternschaft positiv umzudeuten.

Dieses Plädoyer provozierte eine Diskussion, an der sich viele beteiligten. Mehrere verwiesen noch einmal auf wesentliche Kritikpunkte an der Ehe als patriarchal: Das Ehegatten-Splitting etwa privilegiere zumeist die männliche Erwerbstätigkeit. Außerdem wirke die Ehe mit an *Backlashs* in Bezug auf geschlechtliche Rollen und traditionelle Arbeitsteilung. Obwohl von einer Umdeutung der Ehe gesprochen worden war, erscheine es doch fragwürdig, ob wir die Gesellschaft transformieren können, wenn wir solche patriarchalen Institutionen immer weiter nutzen. Damit werde auch die fatale Norm weiter bedient, die besagt: Vorsorge und Verantwortung funktionieren nur über die Ehe. Haller stellte die Frage, was aktuell die Alternative sei. Selbstverständlich sei ihr die Problematik des Ehegatten-Splittings bekannt, mit dem ein Anreiz an Frauen gesendet werde, die Erwerbsarbeit zugunsten der Liebe aufzugeben. In der ‚schlechten‘ Steuerklasse 5 seien nach wie vor 94 % der Erwerbstätigen weiblich. Doch sie halte es aus feministischer Perspektive nicht für sinnvoll, wenn Frauen den Mann ganz aus der Verantwortung nehmen, auf Unterhalt verzichten usw. Ihre eigene Generation habe nahezu verlernt, Unterhaltsleistungen von Männern einzuklagen. Aktuell gebe es kein anderes Rechtskonstrukt als die Ehe, um Menschen, die Fürsorge leisten, in irgendeiner Art und Weise abzusichern. Allerdings finde sie es auch problematisch, dass die Ehe auf nur zwei Personen begrenzt ist. Obgleich mit der Verantwortungsgemeinschaft, die im Koalitionsvertrag vorgesehen ist, zunächst eine begründete Hoffnung für eine Alternative zur Ehe bestanden hätte, scheint diese für die Familiengründung ungeeignet, weil es dabei nicht um die Verantwortung für Kinder gehe. Diese auf mehr als zwei Personen zu verteilen, sei absolut wünschenswert. Bei einer genaueren Analyse der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Verantwortungsgemeinschaft würde ein Konstrukt sichtbar, bei dem es vorrangig um den Transfer von Erbschaft und Vermögen unter dem Deckmantel der Verwandtschaft gehe – sicherlich kein wichtiges feministisches Thema.

Haller bezog sich in ihrer Argumentation zur Ehe auf die Bilanz gegenwärtiger feministischer Sozialstaatsanalysen von Ilona Ostner. Die Soziologin sieht die Modernisierungen von Ehe und Unterhaltsrecht nicht als Errungenschaft für Frauen, sondern stellt resignt fest, dass wir uns möglicherweise noch nach den Zeiten sehnen, in denen wir patriarchal versorgt worden sind. Im Anschluss sagte Haller, sie fände es bedenkenswert, ob Frauen, die vom Arbeitsmarkt abhängig sind, freier seien, als diejenigen, die vom Ehemann abhängig sind. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, dass nicht nur die Ehe einen Rechtsrahmen für Versorgung biete, sondern auch das Sorgerecht. Dieses ermögliche Unterhalt für die eigenen Kinder bis zum Erwachsenenalter unabhängig von der Ehe, außerdem kann der betreuende Elternteil Betreuungsunterhalt bis zum dritten Lebensjahr des Kindes erhalten. Allerdings bleibt eine Lücke für die Jahre danach. Einigkeit bestand darin, dass es einen Kampf für ein anderes sozialpolitisches System braucht, das schlichtweg allen Personen, die mit Kindern leben, eine Absicherung gewährleistet, die weder von Erwerbsarbeit noch von einzelnen anderen Personen abhängig ist.

Fazit

Bei dieser ersten Podiumsdiskussion der Veranstaltungsreihe „(Queer-)Feminismen im Dialog – Elternschaft in Bewegung“ wurden Grundlagen für die gesamte Reihe gelegt. Es wurde aus verschiedenen Perspektiven der Frage nachgegangen, wie das Thema Elternschaft in feministischen Bewegungen diskutiert wurde und wird, und welche Konfliktlinien historisch und aktuell relevant sind. Das in dieser Veranstaltung kontrovers diskutierte Thema Ehe zeigt, warum Elternschaft ein Streitpunkt im Feminismus ist:

Die Diskussion hat sehr deutlich gemacht, dass es grundsätzlich eine schwierige Frage ist, wie wir in patriarchalen Verhältnissen mit Kindern feministisch leben können. Sollten wir bestehende, historisch patriarchal geprägte Konstrukte umdeuten? Für welche neuen Lebensmodelle und strukturellen Bedingungen kämpfen wir? Wie leben wir in der Zwischenzeit?

Es wurde deutlich, dass an unterschiedliche Frauen und Menschen mit Gebärmutter unterschiedliche Normen in Bezug auf Elternschaft herangetragen werden. Privilegierte unter ihnen sollen tendenziell Kinder bekommen, während marginalisierte Frauen und Menschen mit Gebärmutter, die z.B. als behindert gelten, queer, Schwarz oder PoC sind, das Recht auf Elternschaft nach wie vor oftmals abgesprochen bekommen. Die Podiumsdiskussion hat außerdem Kontinuitäten in den feministischen Debatten um Elternschaft deutlich gemacht. Darunter war zum Beispiel die Forderung aus der Schwarzen Frauenbewegung nach Ergänzung des Rechts auf Abtreibung um das Recht auf Kinder, welche ganz ähnlich auch im Müttermanifest zu finden ist. Es zeigte sich, wie oft ähnliche Gedanken zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Gruppen gedacht werden und dass es spannend sein kann, diese Debattenstränge aufzuzeigen und zusammenzubringen. Im Vergleich zu den 1980er Jahren scheint es in den aktuellen feministischen Diskussionen eine schwächere Differenzlinie zwischen Müttern und Nicht-Müttern zu geben, da Care-Arbeit inzwischen struktureller verstanden wird.



Schwangerschaft und Geburt – selbstbestimmt!? (Queer)feministische Positionen

Podiumsdiskussion am 17. April 2023

Die zweite Veranstaltung der Reihe „(Queer-)Feminismen im Dialog“ beschäftigte sich mit den Themen schwanger werden, Schwangerschaft und Geburt. Inwiefern ist in diesen Kontexten Selbstbestimmung möglich und welche Bedingungen brauchen wir dafür? Dient Reproduktionsmedizin der Selbstbestimmung? Dazu gab und gibt es ganz unterschiedliche Antworten in verschiedenen Feminismen und zu unterschiedlichen Zeiten: von den ‚Frauen gegen Reproduktionsmedizin‘ in den 80er Jahren bis zum heutigen Queer-Feminismus mit dem Anliegen, Kinderwünsche zu realisieren. Auch die Frage, wo und wie Geburten stattfinden, ist umstritten. Geburten wurden zunehmend medikalisiert und finden heute zu 98 %¹¹ in Kliniken statt. In den Achtzigerjahren hat sich die Frauengesundheitsbewegung dem widersetzt und Geburtshäuser wurden als Alternative zur Geburt im Krankenhaus gegründet. In neuerer Zeit entstanden schließlich die ersten queerfeministischen Hebammen-Kollektive.

Aktuell scheint die Polarisierung zwischen außerklinischer und klinischer Geburtshilfe zuzunehmen. Inwiefern ist dabei Selbstbestimmung überhaupt möglich? Interessiert es eigentlich noch irgendjemanden, was Schwangere selbst wollen? Und inwiefern ist es für marginalisierte Personen wie People of Color, behinderte, lesbische, bisexuelle, nicht-binäre, trans und intergeschlechtliche Personen mit Uterus möglich, selbstbestimmt schwanger zu werden und zu gebären? Wie kann Geburtshilfe diskriminierungssensibel gestaltet werden? Das Gunda-Werner-Institut macht mit den Ergebnissen der Studie „Queer und schwanger“¹² darauf aufmerksam, dass queere Personen deutlich häufiger Gewalt und Diskriminierungserfahrungen in der Geburtshilfe machen als nicht-queere Frauen.

Es diskutierten folgende Podiumsgäste:

Theresa Richarz, Juristin mit einer queeren Perspektive auf Reproduktionsmedizin, Autorin der Artikel „Lesbische Elternschaft“ und „Schwule Elternschaft“ im Handbuch Feministische Perspektiven auf Elternschaft.

Silke Weyreter, Dipl.-Päd., Geburtsvorbereiterin und Hebamme. Sie war aktiv in der Frauengesundheitsbewegung der 80er Jahre und der Bewegung für eine selbstbestimmte Geburt, hat eine Tochter und ist seit 2014 Hebamme im Geburtshaus Tübingen.

Valo Christiansen, Autor*in, Slam-Poet*in und Lektor*in im Sensitivity Reading, hält Vorträge und Workshops zu Sprache, Gender und Queerness, identifiziert sich als nicht-binär trans und hat vor kurzem ein Kind zur Welt gebracht. Für den Vielfaltsdunden schrieb they das Kapitel zu Heteronormativität.

↘
**(QUEER-)FEMINISMEN
IM DIALOG**
↘
**ELTERNCHAFT IN
BEWEGUNGEN**
↘
**SCHWANGERSCHAFT
UND GEBURT**
↘
**LEBEN MIT UND OHNE
KINDER**
↘
FAZIT
↘
**WEITERFÜHRENDES
MATERIAL**

¹¹
QUAG 2022: „Außerklinische Geburtshilfe in Deutschland – Qualitätsbericht 2022“. Im Auftrag der „Gesellschaft für Qualität in der außerklinischen Geburtshilfe e.V.“ Online verfügbar unter: <https://www.quag.de/quag/publikationen.htm>

¹²
Skalden, Ska; Netzwerk Queere Schwangerschaften (2022): Queer und Schwanger. <https://www.gwi-boell.de/de/2022/02/24/queer-und-schwanger>

Statements der Podiumsgäste

Theresa Richarz beleuchtete das Thema reproduktive Selbstbestimmung aus juristischer und queerfeministischer Perspektive. Sie konzentrierte sich auf Fragen des Zugangs zur Elternschaft und der rechtlichen Zuordnung von Eltern zu Kindern. Anhand der vier Fragen *wer?*, *mit wem?*, *unter welchen Umständen?*, *welche Kinder?* bekommen kann, beschrieb sie, wie normative Vorstellungen über Familie, Kindeswohl und Geschlecht bestehende rechtliche Regelungen mitprägen.

Wer gebärt? Normativ wird angenommen, dass Personen, die gebären, Frauen sind. Daraus folgt rechtlich, dass es aktuell nur die zwei Elternstellen „Mutter“ und „Vater“ gibt. Dabei lautet die erste Zuordnungsregel „Mutter eines Kindes ist die Frau, die das Kind geboren hat“¹³. Wer gebärt, wird somit rechtlich als Mutter betrachtet. Dies hat direkte Auswirkungen auf transgeschlechtliche Menschen, die Kinder bekommen. Sie werden auch nach einer Transition als „Mutter“ in das Geburtenregister und in die Geburtsurkunde des Kindes eingetragen. Folge davon sind meist weitere Diskriminierungserfahrungen und Zwangsoouting für die betroffene Person. Als rechtliche Ursache verwies Richarz auf das sogenannte Transsexuellengesetz von 1981, welches mit veralteten Annahmen über Transgeschlechtlichkeit bis heute Menschen in ihrer Selbstbestimmung einschränkt und diskriminiert. Beispielsweise mussten transgeschlechtliche Personen bis 2011 dauerhaft unfruchtbar sein, um ihren Geschlechtseintrag im Personenstandsregister ändern zu können. Obwohl diese Regelung mittlerweile für verfassungswidrig erklärt wurde, gibt es bis heute keine neuen Gesetze, um die rechtliche Situation für transgeschlechtliche Eltern zu verbessern und konkret zu regeln. Richarz argumentierte, dass die rechtliche Zuordnung von Elternschaft nicht notwendigerweise an das Geschlecht der Elternteile gebunden sein sollte. Der Hauptzweck der rechtlichen Regelungen bestehe schließlich darin, die Verantwortung für das Kind rechtlich zuzuordnen und anzuerkennen. Wird dieses Ziel in den Fokus gerückt, scheint die geschlechtliche Zuordnung der Eltern ihrer Ansicht nach irrelevant: historische Kontinuitäten müssten reflektiert und aufgebrochen werden. Sie plädierte dafür, die reproduktive Selbstbestimmung von transgeschlechtlichen Personen durch eine Neugestaltung der rechtlichen Zuordnung und Anerkennung von Elternschaft abzusichern.

Mit wem? Als zweite normative Annahme im Recht beschrieb Richarz, dass der zweite Elternteil nur ein Mann sein kann. Im Gesetz heißt es, „Vater eines Kindes ist der Mann, der mit der Mutter des Kindes verheiratet ist, der die Vaterschaft anerkannt hat oder dessen Vaterschaft gerichtlich festgestellt wurde“¹⁴. Bei der Vaterschaft qua Ehe oder qua Anerkennung kommt es demnach nicht auf eine genetische Verbindung an, sondern es handelt sich vorrangig um eine soziale Beziehung. Wenn die rechtliche Mutter des Kindes allerdings mit einer Frau verheiratet ist, kann diese, auch sechs Jahre nach Öffnung der Ehe „für alle“, zunächst kein rechtlicher Elternteil des Kindes werden. Dazu muss die nicht-gebärende Frau ein aufwändiges Adoptionsverfahren durchlaufen. Dieses Verfahren unterscheidet sich erheblich von dem Vaterschaftsrecht in einer bereits bestehenden Hetero-Familie, da es Hausbesuche, umfassende Offenlegung privater Informationen und medizinische Dokumentation erfordert. Die betroffenen Familien sind in dieser Situation oft vom Jugendamt abhängig und haben nur begrenzte Möglichkeiten zur Selbstbestimmung. Richarz argumentierte, dass diese Normen und Annahmen im deutschen Abstammungsrecht überdacht werden sollten. Das Ziel des Rechts sollte sein, Kinder abzusichern.

Bei der Frage *unter welchen Umständen* Menschen selbstbestimmt über ihre Reproduktion entscheiden können, betonte Richarz finanzielle Hürden. Beispielsweise werden medizinische Kinderwunschbehandlungen von gesetzlichen Krankenkassen in Deutsch-

13
Bürgerliches Gesetzbuch (BGB),
§ 1591 Mutterschaft

14
§§ 1594 ff Bürgerliches Ge-
setzbuch (BGB)

land nur bei verheirateten heterosexuellen Paaren bezuschusst. Obwohl einige Bundesländer zusätzliche Unterstützung für unverheiratete Paare und lesbische Paare bieten, ist sie im Vergleich zu heterosexuellen Paaren immer noch begrenzt. Als weitere Beispiele wurden Eizellspenden und Leihmutterschaft angesprochen, welche in Deutschland auf Grundlage des Embryonenschutzgesetzes verboten sind. Wer es sich leisten kann, reist bereits jetzt ins Ausland und erhält zum Beispiel in Tschechien oder Spanien eine Eizellspende oder nimmt in den USA oder der Ukraine (auch aktuell während des russischen Angriffskrieges) eine sogenannte Leihmutterschaft in Anspruch. Die reproduktive Selbstbestimmung der Eizellspender*innen oder der „Leihmütter“ wird hingegen kaum thematisiert. An dieser Stelle warf Richarz Fragen zur Diskussion auf: „Über wessen Selbstbestimmung wird eigentlich im Kontext der Debatte rund um Leihmutterschaft und Eizellspende gesprochen?“ „Um wessen Wünsche und Lebensrealitäten geht es?“ „Umfasst das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung auch das Recht, die eigenen reproduktiven Fähigkeiten für andere Personen zu nutzen bzw. anzubieten?“ Bedeutet das auch, sie zu kommerzialisieren, also verkaufen zu dürfen oder zu können? Außerdem ist zu beachten, dass gerade im aktuellen Diskurs der Ampelregierung zum Beispiel die Legalisierung von Leihmutterschaft oft als „queere Forderung“ gerahmt wurde zur Ermöglichung queerer Familienmodelle. Die Herausforderung besteht Richarz nach darin, Mutterschaft einerseits nicht zu naturalisieren und zugleich nicht rein technische Lösungen für soziale Konflikte und Probleme zu präsentieren.

Die letzte Frage bezieht sich auf die Selbstbestimmung darüber, welche Kinder man bekommen kann. Menschen sollten das Recht haben, selbst darüber zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austragen möchten oder nicht. Hierfür sind Informationen entscheidend. Seit letztem Jahr wird der sogenannte nicht-invasive Pränataltest von gesetzlichen Krankenkassen übernommen, mit dem ab der zehnten Schwangerschaftswoche Wahrscheinlichkeiten für genetische Anomalien beim Fötus festgestellt werden können. Dieses Wissen kann genutzt werden, Eltern und ihr Umfeld bei der Vorbereitung auf das Leben mit einem Kind mit Behinderung zu helfen. Statistiken zeigen jedoch, dass neun von zehn Schwangerschaften nach der Diagnose einer Trisomie 21 abgebrochen werden¹⁵. Daher haben behindertenpolitische Verbände die Übernahme dieses Tests durch Krankenkassen in bestimmten Fällen kritisiert. Auch hier gibt es vielleicht keine einfachen Lösungen, die auf rechtliche Regulierungen abzielen. Stattdessen bräuchte es einen Diskurs, der den Blick darauf erweitern sollte, was nötig ist, um Familien, aber vor allem Menschen mit Behinderungen ein gutes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Richarz fasste zusammen: „Wer mit wem unter welchen Umständen welche Kinder bekommen kann, ist umkämpft. Rechtliche Regulierungen sind geprägt von normativen Vorstellungen über Familie, Geschlecht, Kindeswohl und auch, was ein gutes Leben ausmacht. Die gilt es zu überprüfen und zu hinterfragen.“

Silke Weyreter betrachtete das Thema Selbstbestimmung im Kontext von Schwangerschaft und Geburt aus der Perspektive einer freiberuflichen Hebamme. Dabei beleuchtete sie die historische Entwicklung des Themas und betonte die Bedeutung von Selbstbestimmung im Geburtsprozess.

Vorab erläuterte Weyreter, dass ihr Ausgangspunkt als Hebamme sei, dass Frauen schwanger sein und gebären können. Das bedeute, dass es sich bei Schwangerschaft und Geburt also um physiologische, natürliche Prozesse handelt, nicht um Krankheiten. Sie betonte gleichzeitig, dass aus ihrer Sicht als Hebamme Schwangerschaft und Geburt als Übergangsritus und Lebensphase betrachtet werden sollten. Sie böten ein hohes Potenzial für persönliche Entwicklung und Gesundheit sowohl auf individueller als auch gesellschaftlicher Ebene. Das historische Interesse der medizinischen Forschung und

¹⁵
 ÄrzteZeitung 2017: Trisomie-21-Diagnose führt meist zu Abtreibung. Online verfügbar unter: <https://www.aerztezeitung.de/Politik/Trisomie-21-Diagnose-fuehrt-meist-zur-Abtreibung-295904.html>

Behandlung war es jedoch, Frauen und ihre Körper „unter Kontrolle“ zu kriegen. Dies ist ihrer Ansicht nach Teil des patriarchalen Machtstrebens der letzten Jahrhunderte. Weyreter erinnerte daran, dass die Frauenbewegung der 70er Jahre gegen eine „programmierte Geburt“ protestierte, bei der der Zeitpunkt der Geburt im Voraus festgelegt und medikamentös eingeleitet wurde. Dies führte zur Forderung nach Selbstbestimmung und frauenzentrierter Geburtshilfe. In den 80er Jahren entstanden selbstorganisierte Frauengesundheitszentren, Beratungsstellen für Schwangerschaft und Geburt und die ersten Geburtshäuser, die von Aktivistinnen der Selbstbestimmungsbewegung ins Leben gerufen wurden. 1987 entstand in Berlin das erste Geburtshaus als eine von Hebammen geleitete Einrichtung ohne ärztliches Personal. Mittlerweile gibt es in Deutschland etwa 160 Geburtshäuser. Zum Verständnis: Bei jeder Geburt in Deutschland muss eine Hebamme anwesend sein. Hebammen können und dürfen Geburten allein begleiten. Eine Ärztin oder ein Arzt darf das nicht. Sie betonte die Bedeutung von Selbstbestimmung und Salutophysiologie oder auch Salutogenese¹⁶, um Frauen während der Schwangerschaft und Geburt zu begleiten. Diese orientiert sich am gesunden Verlauf und an den Ressourcen des Individuums. Die persönlichen Ressourcen der Schwangeren werden zum Maßstab. Wenn es gelinge, dabei auf das körperimmanente Wissen zurückzugreifen, führe dies in der Regel zu einer gesund verlaufenden Geburt. Zu diesem Wissen habe nur die schwangere Person selbst Zugang, was sie zur Expertin für sich und ihr Kind mache. Für Weyreter als Hebamme ist das ein wichtiger Grundsatz. Sie könne zur Selbstbestimmung der Schwangeren beitragen, indem sie beispielsweise Wissen um physiologische Vorgänge oder Veränderungen in der Schwangerschaft, während der Geburt und danach vermittelt. Aus der Salutophysiologie sei in diesem Sinne der Begriff der Selbstbestimmung nicht wegzudenken. Trotzdem führen Regelungen unseres Gesundheitssystems dazu, dass schwangere Personen genau hierin eingeschränkt werden. Exemplarisch ging sie hierbei auf unterschiedliche Risikofaktoren für Schwangerschaft und Geburt im sogenannten „Mutterpass“ ein. Dieser führt zurzeit 52 Risikofaktoren auf, 1985 waren es zum Vergleich nur 17. Die Verdreifachung der Risikofaktoren führten zu einer vermehrten medizinischen Kontrolle und Verunsicherung der Schwangeren, weshalb die meisten die Klinik als Geburtsort für ihr Kind wählen.

Abschließend reflektierte Weyreter die Begriffe „Betreuung“ und „Empowerment“. Im sozialwissenschaftlichen Verständnis sei der Begriff „Betreuung“ besonders im Rahmen der Behindertenarbeit wenig oder gar nicht kompatibel mit dem Begriff der Selbstbestimmung. Sie spreche im Rahmen der Hebammenarbeit lieber von Begleitung. Der Begriff „Empowerment“, also „Ermächtigung“ als Ziel der Begleitung, könnte nach Weyreter einen Autoritätsgedanken verbergen. Sie gibt zu bedenken: „Kann wirklich ich eine andere Person zu irgendetwas ermächtigen? Kann sich nicht jede Person ausschließlich nur selbst ermächtigen?“

Valo Christiansen beschreibt sich als eine nicht-binäre trans Person mit Autismus und ADHS und erzählte von eigenen Erfahrungen mit Schwangerschaft und Geburtsbegleitung, über erlebte Hindernisse, aber auch Glücksfälle. Christiansen startete mit einem Gedicht, geschrieben in der 35. Schwangerschaftswoche:

*Mutter
 auf dir, Wort, auf dir, Mensch, lasten
 gewichtig schwer
 die alten Erwartungen aller
 du sollst, musst, solltest, müsstest
 weißt du noch, was du willst?*

16
 Die Salutogenese dient der Erklärung von Gesundheit und wurde von Aaron Antonovsky als alternatives Modell zur Pathogenese eingeführt. Vgl. Faltermaier, T. (2023). Salutogenese. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.). Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden. Online verfügbar unter: <https://leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/salutogenese/>

Mutter
ich will nicht du sein

Mutter
dein Wort, dein Sein lastet
gewichtig schwer auf mir
mit Erwartungen aller
mit Meinungen aller
mit Worten aller
ich weiß manchmal nicht was ich will

Mutter
ich will ich sein

Mutter
nicht dein Wort will ich sein
nicht die Erwartungen an dich
ich will mir gerecht werden
und dem Kind dessen Elter
— nicht Mutter —
ich sein werde

Mutter
ich darf ich sein
und du
du darfst es auch

Dass Valo Christiansen nicht Mutter wird, sondern Elter, was eben die Einzahl von Eltern und damit geschlechtsneutral ist, das war Christiansen von Anfang der Schwangerschaft an klar. Freund*innen, die Eltern, die Therapeuten, die eigene Hebamme und später auch Soziale Medien wurden als Orte genannt, an denen they sich sicher fühlt, dies zu teilen. Im Gegensatz dazu wurde die erste Gynäkologin genannt. Christiansen ging auf die Schwierigkeiten ein, überhaupt eine gynäkologische Praxis in oder um Bochum zu finden. Dabei konnten gewünschte Anforderungen wie Transfreundlichkeit oder Erfahrungen im Umgang mit Neurodivergenz nicht berücksichtigt werden. Diskriminierungserfahrungen und seelische Verletzungen müssten in den meisten Fällen nach einem Comingout oder mit sichtbarem Transsein erduldet werden, um ein Mindestmaß an medizinischer Versorgung zu erhalten. Dies wurde von Christiansen auch als Grund genannt, weshalb trans Personen insgesamt seltener zu Ärzt*innen gehen und dementsprechend Krankheiten auch schlechter oder später als nötig behandelt werden. Wenn doch, müsse oft unbezahlte Aufklärungsarbeit geleistet werden, da nur wenige Ärzt*innen, Hebammen oder medizinisches Personal Fortbildungen zu Queerness und Transgeschlechtlichkeit besuchen. Es werde über Anreden, Namen und Pronomen diskutiert, anstatt sie einfach ins System einzutragen. Es werde über „weibliche“ und „männliche“ Körper gesprochen, die die meisten trans Personen so nie bezeichnen würden. Körper seien nur Körper und nicht per se Geschlechtsausdruck. Als eine weitere Hürde beschrieb Christiansen die Suche nach Literatur über queere Schwangerschaften oder von nichtbinären Eltern über ihre Elternschaft. Für Interessierte empfahl they ein Buch über geschlechtsoffene Erziehung von Ravna Marin Siever.¹⁷ Die Literatur über autistische Elternschaft sei ebenso dürftig. Während es viele Bücher darüber gebe, wie man den Umgang mit autistischen Kindern lerne, gebe es fast nichts über autistische Schwangerschaft und Elternschaft. Fragen darüber, wie man mit den ständigen Veränderungen des Körpers während einer Schwangerschaft umgehen und die Geburt

17
Ravna Marin Siever (2022):
Was wird es denn? Ein Kind.
Wie geschlechtsoffene Er-
ziehung gelingt. Weinheim,
Basel: Beltz-Verlag.

überstehen kann, blieben also unbeantwortet. Schließlich fand Christiansen ein Buch einer britischen Autorin¹⁸, in dem they sich wiederfinden konnte. Dieses wurde daraufhin Bezugspersonen und dem betreuenden Fachpersonal in der Hoffnung ausgeliehen, gemeinsam einen guten Umgang mit allen Herausforderungen finden zu können.

Dabei berichtete Christiansen nicht ausschließlich von negativen Erfahrungen im Kontext von Schwangerschaft und Geburt, sondern beschrieb die Betreuung durch eine queerfeministische und neurodivergenzfreundliche Hebamme als „Jackpot“. Körperteile wie Uterus, Brüste oder Vulva wurden als diese bezeichnet, ohne dabei von Weiblichkeit zu sprechen. Obwohl they sich während der Schwangerschaft noch im Prozess der Namens- und Personenstandsänderung befand, wurden die korrekten Namen verwendet und in die Bögen aufgenommen. Das ist keineswegs selbstverständlich. Trotz erfolgter Namens- und Personenstandsänderung sei es weiterhin möglich, dass der alte Name in die Geburtsurkunde des Kindes eingetragen wird, was jeweils von der*dem Standesbeamt*in abhängt. Das bedeute ein ständiges Outing und damit potenzielle Gewalt- und Mobbing-Erfahrungen bei jeder Kita- und Schulanmeldung und anderen Prozessen, bei denen die Geburtsurkunde des Kindes eine Rolle spielt. Schlimm genug sei, dass Gebärende darin grundsätzlich als Mutter bezeichnet werden, egal ob sie cis weiblich, trans männlich, nichtbinär, agender oder intergeschlechtlich sind. Christiansen berichtete auch in diesem Fall von positiven Erfahrungen, da die zuständige Standesbeamtin ohne Probleme den richtigen Namen eingetragen habe.

Auf Fragen während der Schwangerschaft nach dem Geschlecht des Kindes reagierte they mit Humor und gab dabei zu bedenken, dass das Geschlecht des Kindes aufgrund äußerlicher Geschlechtsmerkmale binär zugeordnet. Das zwänge in Kategorien und sage nichts darüber aus, wer man als Mensch wirklich ist. Aber nicht nur Kinder würden bereits mit der Geburt in Schubladen gesteckt, sondern eben auch ihre Eltern-teile. Christiansen beschrieb ausdrücklich:

„Nie wurde ich mit so vielen Vorurteilen, ungefragten Meinungen und unsensibler Fremdwahrnehmung konfrontiert wie in der Schwangerschaft und jetzt mit Kind. Das Wort ‚Mama‘ haftet mir an wie ein zweiter, ungewollter, verfluchter Schatten. Ich bin keine Mama, nur weil ich ein Kind geboren habe. Nichts davor konnte mich so sicher machen in meiner Geschlechtsidentität wie diese Schwangerschaft. Auf eine absurde, wunderschöne Weise hat mir diese Schwangerschaft eine Versöhnung mit den Teilen meines Körpers geschenkt, die die Mehrheit der Gesellschaft als weiblich einordnet und mich so sicher wie noch nie als nichtbinär zu verorten. Das Label Frau passt nicht. Hat nie gut gepasst, war immer nur eine Schublade, in der ich nicht sein wollte. Trans, nichtbinär, (gender)queer, das fühlt sich richtig an, echt und vor allem: selbstbestimmt.“

Christiansen berichtete von einer selbstbestimmten Hausgeburt in Anwesenheit von engen Bezugspersonen, der Hebamme und mit Karten, die eine nonverbale Kommunikation möglich machten. Das alles sei möglich gewesen, weil they das Glück hatte, eine risikoarme Schwangerschaft zu erleben, Hebammen zu finden, die Hausgeburten machen und selbst die Bereitschaftsgebühr zahlen zu können. Dass Krankenkassen die Bereitschaftsgebühr der Hebammen von 800€ nicht voll erstatten, sondern nur bezuschussen, sei ein weiterer Teil von fehlender Selbstbestimmung. Laut Christiansen wird das Kind möglichst geschlechtsoffen erzogen. Es wächst in einem Umfeld mit vielen trans und nichtbinären Personen auf, in dem Neopronomen und Namenswechsel als normal betrachtet werden. Christiansen und der andere Elternteil lassen sich auch gegenüber dem Kind mit Vornamen ansprechen. Das Statement wurde mit einer Auf-

¹⁸
 Lana Grant (2015): *From Here to Maternity*. London: Jessica Kingsley Publishers.

zählung beendet, was Christiansen als notwendig für eine selbstbestimmte Schwangerschaft und Geburt für trans und/oder neurodivergente schwangere Personen erachtet. Dazu gehören: trans- bzw. queer- bzw. autismsensibilisierenden Fortbildungen von medizinischem Fachpersonal auf allen Ebenen, sowie sichtbare und praktische Queer- und Neurodivergenzfreundlichkeit in Praxen, Formularen und auf Praxishomepages (z.B. durch geschlechterinklusive Sprache und Symbole in Pride-Farben, Möglichkeiten zur Online-Terminbuchung, etc.). Weiterhin wird sich die Umbenennung des „Mutterpasses“ (z.B. in Schwangerschaftspass) gewünscht, ebenso die Umgestaltung der Geburtsurkunden (weg von Mutter und Vater hin zu Elternteilen). Auch eine mediale Repräsentation (in Serien, Filmen, Büchern, sozialen Netzwerken etc.) wird gefordert, sowie queer- und transfreundliche Eltern- und Stillcafés und ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein dafür, dass Menschen aller Geschlechter Eltern werden und Kinder gebären können.

Diskussion auf dem Podium und mit dem Publikum

Der erste Themenkomplex, den die Teilnehmer*innen diskutierten, drehte sich um eine sensible und inklusive Sprache. Insgesamt ließen sich Ambivalenzen und Unsicherheiten innerhalb der Diskussion erkennen, ob und wie im Kontext von Schwangerschaft und Geburt ausschließlich von „Frauen“ gesprochen wird.

Theresa Richarz nahm Bezug auf das Gedicht von Valo Christiansen und betonte die Bedeutung der Selbstbestimmung und hinterfragte diese zugleich. Sie gab dabei zu bedenken, ob dieser Begriff überhaupt anwendbar sei in Kontexten, die geprägt sind von Medikation, Kaiserschnitten und problematischen Arten der Ansprache während der Geburt. Sie drückte ihre Frustration darüber aus, dass Entscheidungen oft pauschalisiert und individuelle Bedürfnisse ignoriert würden. Christiansen stimmte dem zu, verwies auf die Bedeutung einer individuellen Anrede und kritisierte die fehlende Aufmerksamkeit für vielfältige Geschlechteridentitäten im Gesundheitssystem. Beiträge aus dem Publikum hoben hervor, dass die Frauenbewegung der 80er Jahre das Konzept der Selbstbestimmung als Reaktion auf patriarchale Medizin und Körperkontrolle errungen hat. Dieser Impuls war Teil eines größeren feministischen Kampfes für die Selbstbestimmung von Frauen über ihre Körper. Dabei wurde auch eine reflektierende Haltung zur Verwendung von Sprache eingenommen. Sichtbar wurde die Ambivalenz, bewusst von „Frauen“ zu sprechen. Die Verwendung des Begriffs „Gebärende“ sei zwar diskriminierungssensibel und inklusiv, die Sichtbarkeit von Frauen und die damit verbundenen politischen Kämpfe und Errungenschaften würden damit aber verdeckt. Dieser Beitrag erhielt zwar Zustimmung aus dem Publikum, jedoch wurde dabei deutlich, dass selbst die Benennung dieser Ambivalenz ein gewisses „Tabu“ darstellt und diese überhaupt nur in einem geschützten Rahmen thematisiert werden kann. Obwohl sich die Anwesenden darüber einig schienen, dass Transparenz und Inklusivität während des gesamten Schwangerschafts- und Geburtsprozesses entscheidend sind, zeigte die Forderung nach einer inklusiveren Sprache Polarisierungspotenzial. Christiansen argumentierte, dass Sprache dafür genutzt werden sollte, Sichtbarkeit von allen Identitäten zu erreichen, um Diskriminierung entgegenzuwirken. Dabei wurde betont, dass historische Entwicklungen zwar nicht außer Acht gelassen werden sollten, jedoch die intersektionale Betrachtung von Geschlechterungleichheiten und das Hinterfragen von Geschlechterkategorien notwendig seien. Christiansen und Richarz positionierten sich klar: Für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung müssten gemeinsame Kräfte mobilisiert und Kämpfe solidarisch geführt werden. Es sei notwendig, verschiedene, auch historische Aspekte im Selbstbestimmungsbegriff für Frauen und bei den Geschlechterrollen zu berücksichtigen und dabei auf die Vielfalt von Geschlechtsidentitäten und individuellen Erfahrungen zu achten. Für die Geburtshilfe bedeute dies, ihr Verständ-

nis von Frauen zu reflektieren und ein Bewusstsein dafür entwickeln bzw. erweitern zu müssen, dass auch nicht-binäre und trans Personen Begleitung und Unterstützung in der Schwangerschaft und bei der Geburt benötigen. Das bedeute jedoch nicht, dass nicht mehr von Frauen gesprochen werden dürfe. Weyreter betonte die Notwendigkeit, dem Körper zu vertrauen, egal ob er dabei weiblich oder nicht weiblich genannt wird. Vielmehr bedürfe es einer aktiven Auseinandersetzung mit der Thematik und einen diskriminierungssensiblen Umgang.

Die Diskussion wurde um den Begriff der „Mutter“ und der damit einhergehenden Pauschalisierungen erweitert. Christiansen berichtete davon, dass die öffentliche Äußerung, nicht „Mutter“ genannt werden zu möchten, negative Reaktionen auf Social Media hervorbrachte und besonders polarisierend zu sein scheint. Aber genau diese Art von Beiträgen sei auch der Grund für eine steigende Anzahl an Followern gewesen zu sein, die sich für die Sichtbarmachung und Solidarität bedanken. Christiansen führte den eigenen Mut für öffentliche Auftritte auf Bühnen, Panels und im Internet auf ein stabiles und akzeptierendes soziales Umfeld zurück. Dabei steht they offen zu emotionalen Verletzungen durch erlebte Anfeindungen und betonte gleichzeitig, dass die positiven Rückmeldungen diese Erfahrungen ausgleichen. In der Diskussion wurde deutlich, dass nur wenige gesellschaftliche Rollenbilder mit so vielen normativen Vorstellungen einhergingen, wie die der Mutter. Es wurde hervorgehoben, dass es nicht nur um Antidiskriminierung in Bezug auf trans Personen geht. Stattdessen sei der Begriff der Mutter auch für Personen, die sich als Frauen identifizieren, oft nicht stimmig, weil er die Identität einer Frau auf eine Eigenschaft, nämlich Kinder zu haben, begrenzt und sehr normativ aufgeladen ist.

Der zweite diskutierte Themenkomplex drehte sich um die Selbstbestimmung bezüglich der Wahl des Geburtsortes, insbesondere um klinische vs. außerklinische Geburten. Bettina Staudenmeyer verwies darauf, dass eine klinische Geburt oft mit Medikalisierung und der Fokussierung auf Risikofaktoren einherginge, wohingegen die außerklinische Geburt einen Schwerpunkt auf Natürlichkeit lege. Sie sieht bei beiden Geburtssettings ein Spannungsverhältnis zum Thema Selbstbestimmung. Ihre These ist, dass Natürlichkeit nicht gleichzusetzen ist mit Selbstbestimmung. Oft scheine die „selbstbestimmte“ Geburt die mit möglichst wenigen medizinischen Interventionen zu sein. Ihrer Ansicht nach geht die Selbstbestimmung aber genau hier verloren, denn Selbstbestimmung müsste die Wahl aus diesem ganzen Katalog von Optionen bedeuten: sozusagen von ‚ich will die PDA‘ bis ‚ich will möglichst wenig Interventionen‘. Wie bekommen wir also wieder einen Fokus auf Selbstbestimmung in der Polarisierung um den „besten“ Geburtskontext?

Weyreter nahm Bezug auf diese These und sagte, dass jede Entscheidung um den Geburtsort theoretisch selbstbestimmt getroffen werden könne. Nur sei es so, dass es für 98 % der Frauen oder Gebärenden im Moment gar keine Möglichkeit gebe, woanders als in der Klinik ihr Kind zu bekommen, weil das Angebot nicht gegeben sei. Außerdem trügen während des Geburtsprozesses die Hebammen die Verantwortung für die gebärende Person und das Kind, weshalb Risikofaktoren nicht unbedeutend seien. Dahinter stecke auch, dass Hebammen im Falle von Geburtsschäden letztlich verantwortlich gemacht werden bzw. haften. Die Suche nach der Schuld in Versicherungsfällen deckt ein fundamentales Problem unseres Gesundheitssystems auf. Geburten werden nicht als Ereignis versichert, stattdessen werden die Hebammen im Zweifelsfall zur Verantwortung gezogen. Dadurch sind außerklinisch tätige Hebammen gezwungen, hohe und jährlich steigende Haftpflichtversicherungsbeiträge zu begleichen, um sich in solchen Fällen selbst schützen zu können. Dies sieht Weyreter als einen der Gründe, weshalb es trotz einer hohen Nachfrage nur begrenzte Angebote für außerklinische Geburten gibt.

Sie erläuterte an einem plakativen Beispiel, bei dem einer schwangeren Person trotz Vorliegen von Risikofaktoren die Begleitung im Geburtshaus zugesagt wurde. Diese war nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen klinischer und außerklinischer Geburtshilfe möglich, welche sie als entscheidenden Faktor für die Erhaltung von Selbstbestimmung in solchen Fällen hervorhob. Gleichzeitig wurde deutlich, dass hierfür neben den notwendigen zeitlichen Ressourcen für die Absprachen auch eine gewisse Risikobereitschaft von Seiten der Hebammen notwendig ist. Sie hob nachdrücklich hervor, dass nicht die schwangere Person in ihrer Wahl des Geburtsortes reglementiert sei, sondern die Hebammen. „Wir dürfen Geburten mit bestimmten Vorerkrankungen etc. nicht begleiten, aber jede Person, die ein Kind kriegt, kann dahin gehen, wo sie möchte.“ Um während der Geburt nicht gänzlich ohne Begleitung zu sein, entschieden sich 98% der schwangeren Personen für eine Geburt in der Klinik. Dies gelte auch für nicht-binäre und trans Personen, obwohl laut der Ergebnisse der Studie „Queer und Schwanger“ die außerklinische Geburt für diese ein Safer Space sein kann.

Aus dem Präsenz- und Onlinepublikum wurde besonders das stark belastete Gesundheitssystem und der Fachkräftemangel betont, was als ausschlaggebendes Hindernis für eine selbstbestimmte(re) Geburt in der Klinik diskutiert wurde. Christiansen setzte ergänzend den Impuls, dass Kliniken unter dem Druck der Wirtschaftlichkeit stehen und kritisierte, dass das Gebären auch in einer kapitalistischen Gesellschaft kein wirtschaftlicher Aspekt sein sollte.

Im weiteren Verlauf fragte Richarz, ob Selbstbestimmung auch bedeute, alle technischen Möglichkeiten und reproduktionsmedizinischen Leistungen in Anspruch nehmen zu können. Dabei betonte sie die Komplexität von Reproduktionsmedizin und dass Technologie und Reproduktionsmedizin grundsätzliche neue Möglichkeiten und Fragen aufwerfen. Als Beispiel führte sie die Wahl einer Eizelle an, welche nicht nur nach möglichen Behinderungen und Vorerkrankungen „gescreent“ werde, sondern auch die Wahl darüber ermögliche, wie das Kind aussehen soll. Dieses hohe Maß an Wahlmöglichkeiten suggeriere Selbstbestimmung und habe zugleich Potential zur Diskriminierung. Die Vielfältigkeit sozialer Elternschaft, welche in Regenbogenfamilien kein neues Phänomen darstellt, scheint für das Recht, welches nach passenden Regelungen für die meisten strebt, unbeherrschbar zu sein. Deshalb plädierte Richarz dafür, grundsätzlich zu diskutieren, was es denn bedeutet, ein Kind zu bekommen. Wie viel Planbarkeit und Beherrschbarkeit bestehen denn in diesem Moment und was ist die Rolle des Rechts? Was muss vom Staat reguliert werden und was ist soziale Aushandlung?

Fazit

Theresa Richarz bot in ihrem Statement einen Einblick in die rechtliche Situation von queeren Eltern und wie normative Vorstellungen das Recht durchdringen. Sie plädierte dafür, dass das Ziel des Rechtes die Absicherung des Kindes sein sollte und forderte auch eine kritische Reflexion bestehender Regelungen — trotz oder gerade wegen der hohen Komplexität von sozialer Elternschaft. Valo Christiansen verdeutlichte, dass nicht-binäre und trans Personen sowie Personen im Neurodivergenzspektrum im Kontext von Schwangerschaft und Geburt Mehrfachdiskriminierungen erleben. Christiansen nannte konkrete Forderungen und gab Hinweise für unterstützende, community-gespeiste Websites wie Queermed¹⁹, Gynformation²⁰, das Queer-Lexikon²¹ und das Hebammenwiki²², die dabei helfen, queer- und transfreundliche Gynäkolog*innen, Hebammen und Ärzt*innen zu finden bzw. fortzubilden. Silke Weyreter verdeutlichte die historische Entwicklung der Kämpfe um körperliche Selbstbestimmung von Frauen während der Geburt und deren Auswirkungen auf die heutigen Diskussionen.

19
<https://queermed-deutschland.de/>

20
<https://www.gynformation.de/>

21
<https://queer-lexikon.net/>

22
<https://www.hebammenwiki.de/wiki/Hauptseite> (in Erstellung)

Besonders diskutiert wurde dabei ein diskriminierungssensibler und inklusiver Sprachgebrauch. Die Veranstaltungsteilnehmenden waren sich über die Notwendigkeit einer sensiblen und inklusiveren Sprache, aber auch deren Ambivalenzen und polarisierender Wirkung bewusst und betonten gleichzeitig die Wichtigkeit von Dialog und Kommunikation. Besonders der Begriff „Frau“ im Kontext von Schwangerschaft und Geburt und der Begriff „Mutter“ und dessen pauschalisierende Verwendung im Alltag wurden kritisch reflektiert. Auffallend dabei war, mit welcher Vorsicht gerade das Thema der Sprache diskutiert wird und welche Unsicherheiten im Gebrauch sie auslösen kann.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Diskussion zeigte sich um das Thema der Selbstbestimmung in der Wahl des Geburtssettings. Die hohen Kosten aufgrund der Versicherungspflicht für außerklinisch tätige Hebammen, unser überlastetes Gesundheitssystem und der Fachkräftemangel wurden unter anderem als Gründe diskutiert, weshalb das Angebot für außerklinische Geburten trotz der hohen Nachfrage so gering ist. Damit bleibt für die meisten schwangeren Personen nur die Klinik als Geburtsort, welcher besonders durch binäre Strukturen und Standards geprägt ist.

Die Diskussion um Selbstbestimmung im Kontext von Geburtshilfe wurde auf unserer Podiumsdiskussion mit Schwerpunkt auf Geschlechterverhältnisse und Queerfeindlichkeit geführt. Doch auch andere Diskriminierungsverhältnisse wie Rassismus müssten stärker in den Fokus rücken, wie beispielsweise Zahlen aus den USA zeigen: Schwarze Frauen sterben dort drei bis viermal häufiger als andere US-amerikanische Frauen im Kontext von Schwangerschaft und Geburt.²³

Insgesamt reichte die Diskussion um (queer)feministische Perspektiven auf Schwangerschaft und Geburt über dieses Thema hinaus und machte die Bedeutung von Selbstbestimmung und Sprache gesamtgesellschaftlich deutlich. Sprache kann inklusiv und ermächtigend wirken, aber auch diskriminieren und wichtige Zusammenhänge verdecken.

23
 Winkler, Christiane; Babac, Emine 2022: Birth Justice. Die Bedeutung von Intersektionalität für die Begleitung von Schwangerschaft, Geburt und früher Elternschaft, In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, S. 31–58.



Leben mit und ohne Kinder — (queer)feministische Utopien und Fallstricke

Podiumsdiskussion am 26. Juni 2023

Die dritte Podiumsdiskussion der Veranstaltungsreihe beschäftigte sich mit den (Un) Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Care-Arbeit in kapitalistischen Verhältnissen und lenkte den Blick auf (queer)feministische Utopien für das Zusammenleben von Kindern und Erwachsenen. Das Thema „Kinder oder keine“²⁴ betrifft alle auf die eine oder andere Weise — als Lehrer*innen, Nachbar*innen, Eltern, Verwandte usw. Wir fragen uns, wie ein gutes Zusammenleben von Kindern und Erwachsenen aussehen kann? Wie kann eine Gesellschaft aussehen, in der die Bedürfnisse von Menschen mit und ohne Kinder(n) in den unterschiedlichsten Lebenssituationen ausreichend Berücksichtigung finden? Die aktuelle Regierungskoalition verspricht uns einige Veränderungen im Bereich der rechtlichen Absicherung von vielfältigen Familienformen, zum Beispiel durch Mit-Mutterschaft und die Verantwortungsgemeinschaft. Doch wie sinnvoll sind diese Instrumente aus queerfeministischer Sicht? Und nicht zuletzt: Wie geht es eigentlich den Kindern bei alledem? Welche Rechte und welche Formen von Begleitung durch Erwachsene wünschen wir eigentlich Kindern in einer queerfeministischen Utopie?

Diskutiert haben folgende Podiumsgäste:

Anne Steckner publizierte in dem von Lisa Yashodhara Haller und Alicia Schlender herausgegebenen Buch ‚Handbuch Feministische Perspektiven auf Elternschaft‘. Sie analysierte unter dem Stichwort ‚Freiheit‘ unter anderem die Frage der (Un-)Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit im Kapitalismus und machte konkrete Vorschläge für eine feministische Familienpolitik. Anne Steckner ist Autorin, politische Bildnerin und Mutter. Sie übersetzt gerne komplexe Theorie in gut verständliches Bildungsmaterial.

Rebecca Rottler arbeitet in der Beratungsstelle für Regenbogenfamilien in Stuttgart, kurz BerTA. Hier finden zum einen Beratungsgespräche für queere Eltern und queere Menschen mit Kinderwunsch statt, zum anderen ist hier ein Treffpunkt beispielsweise für queere Geburtsvorbereitungskurse, eine Kinderwunschgruppe oder Krabbelgruppen. BerTA ist zudem eine Anlaufstelle für Fachkräfte. Rebecca Rottler ist in der Beratung tätig und gibt Workshops für Fachkräfte. Sie ist Sozialarbeiterin und systemische Therapeutin in Ausbildung.

Borghild Strähle arbeitet bei Adis e.V., Träger der professionellen Antidiskriminierungsarbeit in der Region Reutlingen / Tübingen und Fachstelle zum Thema Diskriminierung in Baden-Württemberg. Sie ist Diplom-Sozialpädagogin und hat ihre Diplomarbeit zum Thema Pränataldiagnostik und Ableismus²⁵ / Behinderung geschrieben.

↘
(QUEER-)FEMINISMEN
IM DIALOG
↘
ELTERNCHAFT IN
BEWEGUNGEN
↘
SCHWANGERSCHAFT
UND GEBURT
↘
LEBEN MIT UND OHNE
KINDER
↘
FAZIT
↘
WEITERFÜHRENDES
MATERIAL

24
„Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“ war ein wichtiger Slogan der Frauenbewegung in den 70er Jahren in Deutschland

25
Ableismus bezeichnet eine Form der Diskriminierung, bei der behinderte Menschen Vorurteilen, Benachteiligung und Vorbehalten ausgesetzt sind. Der Begriff leitet sich von *ability* (engl. Fähigkeit) ab und beinhaltet die Annahme, dass Menschen mit Behinderungen weniger Wert oder weniger Fähigkeiten haben als nicht-behinderte Menschen.

Ihre Schwerpunkte sind Antidiskriminierungsberatung, Empowerment sowie Fort- und Weiterbildung zur Antidiskriminierung. Sie ist außerdem freiberuflich als Selbstbehauptungstrainerin für Mädchen und Frauen mit Behinderung tätig.

Almut Birken ist Co-Herausgeberin des Bandes „Links Leben mit Kindern. Care Revolution zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, der 2020 gemeinsam mit Nicola Eschen im Unrast Verlag erschienen ist. Darin beschreiben unterschiedliche Menschen alternative Lebensformen mit Kindern innerhalb der aktuellen Verhältnisse, beispielsweise das Leben mit Kindern in Hausprojekten, in sozialer Elternschaft oder Co-Elternschaft. Es wird über beglückende und gelingende Aspekte berichtet, aber auch viel über Fallstricke und Scheitern. Almut Birken hat zwei Kinder und bezeichnet sich selbst als vorläufig gescheitert an der Überwindung der Kleinfamilie.

Statements der Podiumsgäste:

Anne Steckner beschäftigt sich mit den Fallstricken auf dem Weg zu einem freien und genussvollen Leben mit oder ohne Kinder in einer Gesellschaft, die dieser Freiheit noch entgegensteht. Sie erläuterte ihre Hauptthesen zum Verhältnis von Erwerbsarbeit unter kapitalistischen Bedingungen und dem Leben mit Kindern.

Eines der *Evergreens* in der Debatte um das schöne Leben mit Kindern sei die Forderung nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vom Bundesfamilienministerium bis zur linksradikalen feministischen Gruppe finde sich Vereinbarkeit als Thema. Die beiden Bereiche Familie und Erwerbsarbeit gehörten zusammen, aber unter kapitalistischen Bedingungen widersprächen sie einander. Dieser Widerspruch werde kaum gesellschaftlich bearbeitet, sondern den Einzelnen überantwortet; insbesondere Frauen und queeren Menschen. Es sei an der Zeit auszusprechen, dass diese beiden Bereiche unter den gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen nicht vereinbar sind. Warum nicht? Eltern zu sein (übrigens genauso wie Pflegende zu sein) erfordere Kraft und Zeit, manchmal viel Zeit, vor allen Dingen flexible Zeit. Sorgebeziehungen zu Kindern bedeuten Aufmerksamkeit, Präsenz, Verbindlichkeit, die mensch nicht so leicht ‚nebenbei‘ leisten könne, weil es um sehr grundlegende Abhängigkeiten geht. Säuglinge und Kleinkinder seien hemmungslos, unersättlich, maßlos. Sie seien ein verlässliches Bollwerk gegen den durchgestylten Terminkalender. Lohnarbeit unter kapitalistischen Bedingungen indes bedeute Konkurrenz und Unterordnung. Sie verlange fremdbestimmte Verfügbarkeit, durchgehende Leistungskurven und nicht selten die Bereitschaft zu Überstunden. Die Debatte um die Vereinbarkeit könne auch keine Antwort darauf geben, warum bereits Einjährige einem strikt getakteten Alltag folgen müssen, damit die Eltern schön vereinbaren können, oft mit schlechtem Gewissen und dem Gefühl, weder dem einen noch dem anderen wirklich gerecht zu werden.

Steckners provokante These besteht nun darin, dass wir alle aufhören sollten, von Vereinbarkeit zu sprechen. Wir sollten stattdessen anerkennen, dass Erwerbsarbeit unter kapitalistischen Bedingungen mit Sorgearbeit nicht vereinbar ist. Daraus leitet sich laut Steckner ab, dass wir stattdessen für andere ökonomische Logiken, für eine Umverteilung aller Arbeiten zwischen den Geschlechtern, auch für andere Arbeit streiten sollen. Das bedeutet: für mehr Politik, mehr Einmischung, mehr Mitbestimmung, mehr Sorgetätigkeit, mehr kreative Tätigkeiten, mehr soziale Netzwerke. Kuscheln und ‚eine Mieter*innen-Versammlung organisieren‘ hätten auch eine deutlich bessere CO²-Bilanz als ‚Stahl gießen‘ oder ‚Elektroautos bauen‘... Wichtig sei es auch, für weniger gesellschaftliche Gesamtarbeit zu streiten. Denn während — zumindest für Westdeutschland — dem klassischen Alleinernährer-Modell eine 40-Stunden-Woche zugrunde lag, sind die heutige Realität die Doppelverdienenden oder das Zuverdienenden-Modell: er

Vollzeit, sie Teilzeit. Und das bedeutet 60 bis 80 Stunden Erwerbsarbeit pro Woche. Es geht also um 20 bis 40 Stunden mehr Erwerbsarbeit in den Familien heute als im westdeutschen Durchschnitt etwa zu Zeiten der Generation der Eltern von Steckner. Eine Ökonomie aber, die anstelle von Konkurrenz, von Mehrwertproduktion und Profitmaximierung die Qualität des menschlichen Lebens und die sozialen Beziehungen in den Mittelpunkt stelle, wäre dann keine kapitalistische mehr. Da wir es bis auf Weiteres mit dem Kapitalismus zu tun haben, sei es auch wichtig, für Rahmenbedingungen zu streiten, die das Leben der vielen innerhalb dieser Verhältnisse zumindest verbessern.

Steckner erläuterte sodann vier Felder, in denen sie Möglichkeiten und Bedarfe sieht: Das erste Feld betrifft die *sozialen Garantien des Lebens*. Zum Beispiel ließen sich politische Instrumente zugunsten derjenigen einsetzen, die am meisten verwundbar sind: Arme Menschen, prekarierte Menschen, Alleinerziehende. Die Entwürdigung, die diese oft erleben, ließe sich einfach verhindern, wenn beispielsweise für alle Familien gelten würde, dass jedes Kind gleich viel wert ist. Deswegen dürften Elterngeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss nicht mit Hartz IV verrechnet werden. Warum also nicht zum Beispiel statt des elitären Elterngeldes ein vom bisherigen Einkommen unabhängiges Elterngeld? Und warum nicht anstelle des Kinderfreibetrags, der immer ein Vorteil ist für Gutverdienende, eine zu versteuernde Nachwuchspauschale? Das hieße also der gleiche Betrag für alle, den aber Gutverdienende ganz anders versteuern müssten als Menschen, die so gering verdienen, dass sie ohnehin keine Steuern zahlen. Und ganz wichtig: Die soziale Absicherung der Menschen müsste entkoppelt sein vom Familienarrangement, am besten durch eine individuelle Absicherung aller Familienangehörigen über öffentliche Sicherungssysteme. Das unterste Netz könnte eine armutsfeste Mindestgarantie sein, ohne Bedingungen, ohne Sanktionen. Darauf aufbauend wäre jeder Mensch *individuell* gegen die zentralen Risiken des Lebens versichert: Unfall, Krankheit, Erwerbslosigkeit, Pflegebedürftigkeit. Konzepte wie die Bedarfsgemeinschaft, Familienversicherung und Ehegattensplitting seien Überreste des überkommenen Alleiner-nährermodells. Sie förderten nicht nur Abhängigkeiten, sondern damit auch traditionelle Rollenaufteilungen. Auch bei den jeweiligen Rentenansprüchen könnte man die Sorgearbeit viel stärker gewichten als bisher.

Ein zweites Feld: Der politische Fluchtpunkt einer Perspektive für Familien müsse *das Öffentliche* bleiben. Individuelle Geldtransfers allein seien nicht genug. Dabei gelte: Beitragsfreie Ganztagsbetreuung muss etwas anderes sein als ein überforderter Kinderabstellplatz, die Pflege und Betreuung eines Familienmitgliedes oder einer Freundin darf keine Frage des Einkommens sein. Es bedarf gut ausgestatteter Orte, an denen Kinder, ihre Eltern und Liebsten Zugang haben zu dem, was alle Menschen brauchen: Bildung, Spiel, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Erholung, Wohnraum usw. Solange jedoch die Frage, wie wir das ohne Barrieren für alle garantieren, nicht gesellschaftlich beantwortet wird, sind viele Familien weiterhin überlastet. Zusätzlich braucht es Zeit, um dieses Öffentliche dann auch zu nutzen, mitzugestalten und sich einzubringen. Erst wenn wir die Erwerbsarbeit gemeinsam in die Schranken weisen, anstatt individuelle Kämpfe auszufechten, können wir über egalitäre Verantwortung für Kinder, Kranke und Küche sprechen und zum Beispiel auch über grundlegend andere Arbeitszeitmodelle, gerade auch für Väter.

In Bezug auf das dritte Feld *Wohnen und Architektur* wussten schon die russischen Frauenrechtlerinnen der ersten Stunde der Oktoberrevolution, also zum Beispiel Alexandra Kollontai, aber auch ihre Mitstreiterin Ines Amand: Kleinfamiliäre Haushalte sind maximal ineffizient und fesseln vor allen Dingen Frauen ans Heim. Wenn wir die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen wollen, dass der Familienalltag nicht privates Hexenwerk bleibt, braucht es eine feministische Architektur. Dazu gibt es Vorschläge und Debatten.

Im Moment ist alles Bauen, alles Wohnen auf die Kleinfamilie ausgerichtet. Es bräuchte aber auch kommunale Orte, an denen die Haus- und Reproduktionsarbeit gemeinsam stattfinden kann: Urbane Gärten, Vorlesenachmittage mit rüstigen Wahl-Opas, Care-Stationen, wo Familien bei der Hege und Pflege alter oder kranker Angehöriger unterstützt werden, Schutzräume für Menschen mit Gewalterfahrungen, Konfliktambulanzen bei Streit und eine Kommunalisierung des Essens jenseits teurer Restaurants. Das alles gibt es natürlich bereits in vereinzelt kleinen Nischen, in prekären Ansätzen oder als teure Dienstleistung. Es müsste stattdessen nachbarschaftliche Selbstverständlichkeit werden. Natürlich heißt das nicht, dass dadurch sofort alle individuellen Einkäufe, Küchen und abendlichen Vorlesestunden abgeschafft werden. Aber ist es wirklich in jedem Einzelhaushalt vonnöten, eine eigene Waschmaschine hinzustellen?

Steckner führte aus, dass sich ebenfalls auf einem vierten Feld, *dem Rechtlichen*, die Rahmenbedingungen verbessern ließen. Obwohl Patchwork- und Regenbogenfamilien mittlerweile eine weit verbreitete soziale Realität seien, bedeuteten sie aber in der Praxis für viele Eltern Verantwortung ohne volle Rechte oder ganz ohne Rechte. Wenn beispielsweise ein Kind in eine lesbische Ehe hineingeboren wird, gilt nur die gebärende Frau als Mutter. Die Partnerin muss sich — noch — den staatlichen Prüfungen für eine Adoption unterziehen. Und warum können Kinder eigentlich maximal zwei Personen als rechtliche Eltern haben? Die Frage, ob Kinder geliebt, verbindlich begleitet und gut versorgt werden, habe nichts mit leiblicher Elternschaft zu tun. Warum sollen nur romantische Zweierbeziehungen Verantwortung füreinander oder für Kinder übernehmen dürfen? Warum nicht auch andere Formen des verbindlichen Füreinander-Daseins anerkennen? Wenn man also dem dominanten Modell Kleinfamilie, das ja nicht abgeschafft werden muss, attraktive Alternativen an die Seite stellen will, dann gälte es, die Ehe für alle noch um die Wahlfamilie und Co-Elternschaft zu erweitern. Und wichtig: mit den dazugehörigen Rechten wie Besuchsrecht, Auskunftsrecht im Krankheitsfall, Adoptionsrecht, Sorgerecht, Unterhaltsanspruch, Erbe usw. Nicht zuletzt ginge es darum, Kinderrechte auch in diesem Kontext verbindlich auszubuchstabieren. Anstelle der häufig überfrachteten, wenn auch hoch idealisierten Kleinfamilie könnten kollektive Netze die Einzelnen von der Unfreiheit befreien, im Kapitalismus das Unvereinbare immer wieder aufs Neue unter einen Hut kriegen zu müssen.

Almut Birken knüpfte mit ihrer Kritik an der Kleinfamilie an den Beitrag von Anne Steckner an. Diese Kritik war für sie und Nicola Eschen der Ausgangspunkt für den Blog namens „Die Theorie wischt der Praxis nicht den Arsch ab“. Mit diesem Blog, aus dem auch ein Buch entstand, wollen sie thematisieren, wie groß die Kluft ist zwischen der Theorie und der Wirklichkeit, also zwischen Anspruch und Realität der Care Revolution. Sie wollen linke alternative Lebenszusammenhänge anschauen und herausfinden, warum viele funktionieren und warum andere aber auch jämmerlich zerfallen.

Sie stellten fest, dass einerseits allen die Ziele klar zu sein scheinen: Patriarchat und die Kleinfamilie überwinden, die Reproduktionsarbeit teilen usw. Aber in den jeweiligen, konkreten Versuchen sei es dann doch viel, viel schwieriger und ernüchternd. Der Modus, in dem sie das Projekt des Blogs aufzogen und in dem sie berichtete, sei die solidarische Provokation — als Feministinnen bzw. als Teile der linken Szene. Ausgangspunkt sei also die Frage, warum es so schwierig ist. Sie fanden sehr viele Gründe auf unterschiedlichen Ebenen.

Ein erstes Problem seien rechtliche Grauzonen. Es gebe keine Rechtssicherheit für alternative Modelle. Als sich beispielsweise ein in einem Hausprojekt lebendes Paar für ein Kind entschied und bekundete, dieses nicht allein haben zu wollen, sagten zwei andere Personen im Projekt zu, dieses Kind mitzubekommen. Aber drei Wochen später zogen

die biologischen Eltern ihren Wusch zurück — was für die anderen Menschen, die sich wirklich verbindlich für dieses Kind und die Elternschaft entschieden hatten, ein großes Problem war.

Oft stellte Birken auch einen großen Optimismus fest, mit dem Paare oder auch Gruppen, die ein Kind erwarten, in solche Experimente hineinflinden und innerhalb der ersten Jahre merken, wie es anstrengt und Freundschaften belasten kann — bis hin zum Bruch. Oder die nicht-biologischen Eltern ziehen beispielsweise aus individuellen Gründen weg oder es treten sonstige Belastungen auf — diese Umstände führten dann schneller als gedacht zurück zur Kleinfamilie.

Ein weiterer Punkt: Es gibt große Zeitnot und Platzmangel. Zum Beispiel könne eine vierköpfige Familie nicht einfach so in einem Hausprojekt unterkommen. Einzelne Zimmer oder zwei gebe es immer mal, was für kinderlose Menschen eine einfache Möglichkeit zum Einstieg in ein Wohnprojekt sein kann. Aber als Familie komme man nicht leicht in einem Hausprojekt unter.

Dann wendete sich Birken direkt dem Thema Feminismus zu. Zunächst sprach sie ein Hoch auf den Feminismus aus, weil viele Fortschritte erkämpft wurden. Diese ganzen Utopien, von denen auch in ihrem Buch die Rede ist, wären ohne Feminismus, bzw. ohne die Menschen, die feministisch kämpften, gar nicht denkbar. Sie verwies auf drei wichtige Errungenschaften: Erstens habe der Feminismus Care-Arbeit aufgewertet und klargemacht, dass diese Arbeit alle angeht. Kein Mann könne sich mehr dem Putzen oder der Beteiligung an Vorbereitung von Demos oder Veranstaltungen verweigern, ohne sich mindestens einen verbalen ‚Arschtritt‘ abzuholen. Zweitens seien inzwischen viele Väter viel emanzipierter. Sie dürften ihre Vaterschaft leben und täten es oft auch gerne. Für Birken ist es ein großer Fortschritt, dass viele Kinder inzwischen auch mit ihren Vätern aufwachsen. Drittens dürften Frauen seit mehreren Jahrzehnten endlich mehr als nur Kinder haben und die Küche sauber machen. Aber: die Probleme kämen ‚durch die Hintertür‘ wieder rein. Birken berichtete im Folgenden von einigen Aspekten, die aus Artikeln von Autorinnen aus dem Buch „Links leben mit Kindern“ stammen.

Ihre (provokativen) Thesen:

Linke Lebenszusammenhänge mit Kindern scheitern oft, weil in ihnen oft eine Art Kinderfeindlichkeit herrscht. Es ist vielleicht eine Folge des Radikalfeminismus der 60er und 70er Jahre, der uns heute mindestens ein ambivalentes Verhältnis zu Kindern hinterlassen hat. Es gab und gibt auch heute gute Gründe, keine Kinder zu bekommen. Frauen sollten sich verweigern, Gebärmaschinen zu sein und als Hausfrauen das Patriarchat zu stützen. Birken selbst erlebe immer mal wieder diese Art der Ambivalenz, beispielsweise durch einen Satz wie: ‚Kinder finde ich jetzt auch nicht so cool.‘ Manche der Autorinnen beschreiben, dass Kinder nicht einmal nach Minimalstandards der Kommunikation für Mitbewohner*innen behandelt werden. Dazu las Birken eine Passage aus dem Buch vor, in der zunächst positiv berichtet wird, wie andere Erwachsene eigenständig mit den Kindern kommunizierten und dabei auch die Nicht-Einmischung der biologischen Mutter verlangten (was diese gut fand als Begrenzung ihrer mütterlichen „Allmacht“). Gleichzeitig wurde von Erwachsenen berichtet, die gar nicht mit den Kindern sprachen. Die Autorin war empört. Auch Kinder dürften jene Mindestkommunikation erwarten, wie sie zwischen allen anderen Mitbewohner*innen in einem Haus stattfindet. Ein anderer Vater beschreibt, dass manche Erwachsene im Haus sich nicht die Mühe gemacht hätten, mit dem Kind wirklich eine Beziehung aufzubauen, aber gerne miterziehen wollten, zum Beispiel, indem sie politisch die Welt erklärten oder mal eben Süßigkeiten zusteckten, um sich die Gunst des Kindes zu sichern. Diese Kin-

derfeindlichkeit sei kein Spezifikum der linken Szene, sondern verbreitet in der Gesellschaft. Das heißt, Kinder seien im Alltag vielen Zumutungen ausgesetzt, würden nicht ernst genommen, schlecht behandelt, man rede über sie, aber selten mit ihnen. All das scheint Birken gerade für die linke Szene, die sich ansonsten gegen jede Form von Diskriminierung stellt, noch ein großes Lernfeld.

Der zweite Punkt sei das Stolpern über den Queerfeminismus. Vom Elternwerden könnten Männer nur profitieren, denn es gebe ein großes Ja zu emanzipierter Vaterschaft. Eine Autorin schrieb sogar, dass engagierte Vaterschaft subversiv wirke, engagierte Mutterschaft hingegen reaktionär. Mütter erlebten immer Ambivalenz und könnten eigentlich nur alles falsch machen, weil — so Birken — die feministischen Credits auf dem Spiel stünden, wenn frau Mutter wird. Dies begründet sie mit mindestens drei Aspekten:

1. Man darf bloß nicht „zu doll“ Mutter sein. So gebe es einen großen inneren Druck, sich von der eigenen Mutterschaft und auch von den eigenen Kindern zu distanzieren. ‚Szene‘-Mütter sprächen häufiger über die mit der Elternschaft verbundenen Anstrengungen, die Übernchtigungen, dem „schweren Los“ usw. Es gehe nicht so leicht über die Lippen zu sagen: „Ich bin wirklich gerne Mutter und ich liebe meine Kinder aus ganzem Herzen.“
2. Man sollte lieber nicht „zu doll“ schwanger sein. Es gebe Berichte von Frauen, die schmerzhaft Prozesse durchmachten in ihren Wohnprojekten und Kommunen, wo mit queerfeministischen Argumentationen Schwangerschaften irgendwie doch nicht so richtig willkommen sind. Man solle keine Gebärmaschine sein, und es ist auch nicht angemessen, wenn sich auf einmal der Körper so in den Vordergrund schiebt. Diese Vorbehalte seien vielleicht sogar mehr in den Frauen selbst verortet, die so viel Zeit damit verbracht haben, Körperlichkeit zu dekonstruieren.
3. Man soll möglichst kein Hetero-Paar sein. Dabei könnten alle alternativen Modelle so anstrengend werden, dass das Elternpaar irgendwann erschöpft in eine Drei-Zimmer-Wohnung zieht und doch als Kleinfamilie lebt. Dies anzuerkennen sei sehr schwer, denn man fühle sich schlecht, vor allem als Mutter, am Ende wieder in der Kleinfamilie zu landen.

Man könne sich fragen: Welche Schuld hättest du gerne? Willst du eine miese Mutter, aber eine emanzipierte Frau sein, die auf ihre Autonomie pocht? Oder willst du eine zugewandte Mutter sein, die ihre Kinder emanzipiert erzieht, aber dann auf dein Leben verzichten? Birken resümierte, dass dies natürlich die falsche Alternative sei, ein Dilemma, das mit den kapitalistischen Vorzeichen zu tun habe: mit Zeitknappheit, Ressourcenknappheit usw. Aber sie kommentierte auch, dass gerade in der linken Szene viele in einer Fiktion von Autonomie lebten, mit den Idealen der Jugendlichkeit, des Politaktivismus bis zum Umfallen und der Vorstellung, dass man autonom sei, ungebunden und frei. Diese Freiheitsvorstellung sei nicht damit vereinbar, verbindlich Verantwortung für Kinder zu übernehmen. Deswegen das Fazit: Es helfe nicht, zuerst die Kleinfamilie zu ‚zerschlagen‘, weil dann eine Form von Bindungslosigkeit entstehe, die niemandem guttut. Vielmehr gelte es, sich vorzunehmen, zuerst Solidarität zu üben, indem sich in Hausprojekte und anderen linken Kontexten mehr auf Kinder bezogen wird, die Mindestkommunikationsstandards eingehalten oder überhaupt erst erreicht werden. Wenn man das erreicht habe, sei schon sehr, sehr viel gewonnen.

Die dritte Podiumsgästin **Rebecca Rottler** konzentrierte sich vor allem auf queerfeministische Perspektiven. Gerade in der queeren bzw. in der LSBTIQ-Community hatten und haben Begriffe wie Familie, Mutter, Kinder schon immer andere Bedeutungen gehabt als in der biologischen, heterosexuellen Kernfamilie. Ein Blick zurück zeige, dass sich schon früher, vor allem seit der Aids-Pandemie, mehrere Personen in Wohngemeinschaften zusammaten und explizit ein Zusammenleben von lesbischen, trans und schwulen Menschen gestalteten. Dabei gehe es darum, füreinander Verantwortung zu leben, sowohl emotional als auch finanziell. Gute Quellen dazu seien z.B. die Serie *Pose*²⁶ (ab 2018) oder die Dokumentation ‚Paris is burning‘ von Jennie Livingston (1990)²⁷. Dort wird sehr beeindruckend gezeigt, wie vor allem Queers und trans Personen of Colour aus der *Ballroom Culture* in New York in *Houses* („Häusern“) zusammenleben. Sogenannte ‚Väter‘ und ‚Mütter‘ — das waren dann vor allem die Älteren in der Szene — Verantwortung übernahmen für ihre ‚Kinder‘, also die Jüngeren oder Neueren. Dies zeige, wie schon früher queere familiäre Netzwerke auch außerhalb der biologischen Ursprungsfamilie gegründet wurden. Dies sollte jedoch nicht überromantisiert werden, denn es war für Queers, gerade für Queers of Colour, auch eine Zeit, in der sie wenige bis keine Rechte hatten. Trans- und queerfeindliche sowie rassistische Angriffe waren alltägliche Realität.

Diese Idee der Verantwortungs- und Wahlgemeinschaft findet Rottler faszinierend. Mittlerweile dürfen gleichgeschlechtliche und queere Paare heiraten, Pflegekinder aufnehmen, adoptieren oder reproduktionsmedizinische Möglichkeiten nutzen, um biologische Kinder zu bekommen. Zumindest einem Teil der Gesellschaft sei mittlerweile auch klar, dass es nicht nur Frauen sind, die schwanger werden können. Daher gebe es vielleicht hier nicht (mehr) diese Not, sich zum Überleben mit anderen Personen zusammenzutun. Rottler hat den Eindruck, dass Regenbogenfamilien immer mehr im Alltag ankommen. Es steigen die Möglichkeiten, biologische Kinder zu bekommen, vor allem mit den passenden finanziellen Mitteln, aber auch mit privater Samenspende. Dadurch wachse aber auch der Druck, als queeres Paar in diese Norm der Kleinfamilie zu passen und Kinder zu bekommen²⁸ – etwas, das bislang eher die weiße hetero Mittelschichtsfrau zu spüren bekommen habe. Rottler verwies auf interessante Studien, z.B. eine aus den USA, die zeige, wie tatsächlich die Anerkennung von cis Frauenpaaren steigt, wenn eine der Partnerinnen ein leibliches Kind geboren hat²⁹. Vermutlich wäre die Studie ganz anders, nämlich sehr viel negativer, ausgefallen, wenn sie auch trans oder Männerpaare berücksichtigt hätte. Dennoch ist es für Rottler eine spannende Tendenz, wie die Anwesenheit von biologischen Kindern in einer Beziehung von cis Frauen dazu führt, dass diese legitimiert wird und sozusagen in eine Norm passt. So fragt sie sich, ob mit diesen großartigen und wichtigen Möglichkeiten und Rechten, die es mittlerweile für queere Personen gibt, sich nicht der Familienbegriff wieder verengt: weg von der Gemeinschaft, hin zu biologischer Elternschaft mit zwei Elternteilen. Für sie bedeute eine queerfeministische Utopie, dass Regenbogenfamilien wieder weg von diesem starren Bild kommen. Allerdings dürften nicht ausgerechnet die Queers selbst die ganze Arbeit und Vorbildfunktion übernehmen müssen.

Regenbogenfamilien böten grundsätzlich auch Chancen, Familie gleichberechtigter zu leben. Rottler kennt Studien dazu, dass in Regenbogenfamilien Erwerbsarbeit, aber auch Care-Arbeit egalitärer auf beide Partner*innen aufgeteilt wird³⁰. Tatsächlich müsse man zugestehen, dass der Vergleichsbezug dieser Studien heterosexuelle Paare sind, die in der Mehrheit mit klassischer Arbeitsteilung leben. Es werde jedoch auch in diesen Studien deutlich, dass es tendenziell immer noch das leibliche Elternteil ist, das nach der Geburt eines Kindes längere Zeit zu Hause bleibt. Das bestätige sich auch in Rottlers Beratungserfahrungen — als teilweise gewählte, aber teilweise auch unfreiwillige Entscheidung, weil die rechtliche Anerkennung in manchen Konstellationen noch nicht

26 Dramaserie *Pose*, die von der New Yorker Ballroom Community der späten 1980er bis 1990er Jahre handelt, <https://www.unauf.de/2022/live-work-pose-new-yorks-ball-culture-auf-netflix/>

27 <https://gender-mediathek.de/de/media/remoted-video/paris-burning-dt-paris-brennt>. Im Film geht es auch um die „Houses“, die von einer „Mother“ geführt werden und zentraler Bestandteil der Ballroom Culture sind. Diese Wahlverwandtschaftsverhältnisse sind wichtig, da viele der Beteiligten von ihren Familien verstoßen wurden.

28 Hartmann Jutta (2014) *Re-Thinking Family Norms – Herausforderungen queer – familiärer Lebensweisen*. Bundesstiftung Magnus Hirschfeld 240 S. 215 – 232

29 Hequembourg, Ami/Farrell Michael P. (1999) *Lesbian Motherhood. Negotiation Marginal – Mainstream Identities*. *Gender and Society* Nr 4. S54 – 557

30 Rupp, M. (Hrsg.) (2009). *Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften*. Köln: Bundesanzeiger-Verl.-Ges gelesen in: *Regenbogenfamilie – alltäglich und doch anders* Beratungsführer für lesbische Mütter, schwule Väter und familienbezogene Fachkräfte 2. überarbeitete Auflage des LSVD, Januar 20214

geklärt sei. Die vorhin bereits angesprochenen Adoptionsregelungen betreffen nicht nur lesbische Paare oder Frauenpaare, sondern auch Konstellationen mit Personen, die den Geschlechtseintrag divers haben. Da gebe es in manchen Konstellationen Schwierigkeiten, Elterngeld, Elternzeit oder Kinder-Krankentage zu bekommen. Sie erlebe in der Praxis, wie Regenbogenfamilien auch durch die Stiefkind-Regelungen gezwungen werden bzw. sich dazu gezwungen fühlen, dieses Bild zu leben von der Mutter, die das Kind geboren hat und dann zu Hause bleibt. Ein weiterer, kritischer Punkt sei das vorherrschende heteronormative, monogame Bild von Familie. Ein Beispiel: Ein nicht verheiratetes Frauenpaar mit Kind hatte zwei Wohnungen direkt nebeneinander auf dem gleichen Hausflur. Da könnte man sich jetzt freuen, dass sie eine Wohnform gefunden haben, die für sie passt, wo sie genug Platz haben für einen Rückzugsort. Bei der „Stiefkind-Option“, bei der Nichtverheiratete das Kind des*der Partner*in adoptieren, verlangen die meisten Jugendämter jedoch den Nachweis einer sogenannten verfestigten Partnerschaft und dies am liebsten durch einen gemeinsamen Mietvertrag über vier Jahre. Tatsächlich überlegte dieses Paar nun, ob es ihre für sich so passende Wohnform aufgeben sollte, damit sie dieses Kind adoptieren können. So bleibe nur die Hoffnung, dass nach der Abschaffung dieser Überprüfung Regenbogenfamilien ihre Lebensform selbstständiger wählen können, einschließlich Wohnform, Aufteilung der Care-Arbeit, etc.

Zu Rottlers Beratung bei BerTa kämen auch immer mehr Personen, die sich außerhalb einer romantischen Beziehung ein Kind wünschen oder zum Beispiel als Männerpaar zusammen mit einem Frauenpaar ein Kind bekommen. Das sei tatsächlich wieder ein Weg zu den angesprochenen Wahlverwandtschaften. Diese ließen sich selbstredend auch ohne Kind anstreben, doch Rottler findet es auch schön, dass es Menschen gibt, die nicht oder nicht alle in einer romantischen Beziehung zueinander stehen und sich um ein gemeinsames Kind kümmern möchten. Natürlich erlebten auch sie Konflikte, Trennungen, Scheidungen, Rosenkriege. Queere Menschen seien keine besseren Menschen als nicht-queere Menschen. Aber Rottler erlebt, dass zumindest die Personen, die in die Beratung kommen, sich viele Gedanken gemacht haben. Wer übernimmt welche Care-Arbeit? Ziehen wir zusammen oder nicht? Machen wir vielleicht so ein Fifty-fifty-Ding? Wächst das Kind eher bei dem Mann auf und kommt nur alle zwei Wochen zu dem Frauenpaar? Das gehöre für sie in die Utopie, dass solche Fragen überhaupt denkbar, gestellt und behandelt werden. Es brauche passenden und bezahlbaren Wohnraum für mehr Personen als eine Kernfamilie, was aktuell eine ziemliche Utopie sei. Es brauche Möglichkeiten, wie mehr als zwei Personen rechtliche Elternteile werden können oder alternative Möglichkeiten, dass alle Elternteile Kinderkrankentage oder Elternzeit nehmen können. Aber, so Rottler: „tatsächlich geben mir diese Beratungen auch Hoffnungen, weil ich erlebe, dass bei Paaren, die eben nicht darauf warten, dass sich die Strukturen ändern, sondern die wirklich in ihrem kleinen Rahmen und mit ihren Möglichkeiten, einfach versuchen, Familie selbstbestimmt, feministisch und queer zu leben. Und ich glaube, genau mit diesen kleinen Veränderungen kommen wir der Utopie auch ein Stück weit näher“.

Borghild Strähle arbeitet in der Antidiskriminierungsberatung und hat somit auch mit Menschen zu tun, die Diskriminierung und Benachteiligung im Hinblick auf Elternschaft erfahren. Sie findet das Reizvolle am (Queer)Feminismus, dass unterschiedliche Diskriminierungskategorien in den Blick genommen werden. Sie legte für das Thema der Veranstaltung den Fokus auf das Zusammenwirken von Sexismus und Ableismus. In Bezug auf das Thema Leben mit (und ohne) Kinder gebe es da unterschiedliche Dimensionen: Zum einen Eltern, die ein behindertes Kind haben, zum anderen Eltern mit Behinderung. Wichtig sei in diesem Kontext auch das Thema Pränataldiagnostik.

Strähle verdeutlichte ihre Gedanken an drei Beispielen:

Ein Mütterpaar wandte sich an die Beratung mit dem Problem, dass es für ihren Pflege-
sohn mit Behinderung in Tübingen keinen Kitaplatz bekam. Es gebe hier gerade einen
großen Fachkräftemangel und es fehlten oft auch die Inklusionskräfte, die das Kind
begleiten könnten. Alle Eltern in Tübingen müssten mit den infolgedessen verkürz-
ten Öffnungszeiten kämpfen. Aber wenn das Kind noch eine Behinderung habe, sei es
besonders schwierig. Letztendlich musste eine der Mütter ihren Job aufgeben, um die
Betreuung des Kindes zu gewährleisten.

Ein anderes Beispiel: Was heißt es, wenn Eltern, die behindert sind, ein Kind bekom-
men? In die Beratung kam eine gehörlose alleinerziehende Mutter mit Lerneinschrän-
kungen. Sie sei sofort auf dem Schirm des Jugendamtes gewesen. Man habe ihr nicht
zugetraut, selbstständig ihr Kind erziehen zu können. Ihr war selbst bewusst, dass sie
dabei Assistenz brauchen würde. Das Jugendamt habe dann entschieden, dass sie in
ein Mutter-Kind-Heim komme. Dort sei ihr dann vorgeworfen worden, sie sei verstockt
und würde nicht mitarbeiten. Der Clou: Es konnte dort niemand gebärden, Kommu-
nikation war also kaum möglich. Mithilfe ihrer eigenen Mutter schaffte sie es, wieder
aus diesem Heim ausziehen zu können. Sie zog in eine andere Stadt, wo sich dann
glücklicherweise eine Sozialpädagogin fand, die auch gebärden konnte und die ehren-
amtlich die Assistenz und Betreuung von ihr als Mutter mit Behinderung und dem Kind
übernahm. Das wiederum war dem Jugendamt zu wenig. Zudem kam es zum Streit
zwischen Kostenträgern – das sei beim Thema Behinderung oft noch ein erschweren-
der Faktor, weil die Betroffenen stark von öffentlichen Geldern abhängen. Das Kind war
zu diesem Zeitpunkt schon anderthalb oder zwei Jahre alt und wurde dann der Mut-
ter wegen einer angeblichen akuten Kindeswohlgefährdung weggenommen. Strähle
fand dies völlig unverständlich. Das Kind sei innerhalb von zwei Monaten zu drei unter-
schiedlichen Pflegefamilien gekommen. Dann habe schließlich ein Richter gesagt, „jetzt
reicht’s“. Daraufhin kam das Kind wieder zurück zu seiner Mutter und inzwischen wurde
glücklicherweise eine Familienhilfe gefunden, die auch gebärden konnte. Dieses Beispiel
zeige, dass oft auch die zuständigen staatlichen Stellen ihre ganz eigenen Bilder und
Vorurteile zu Menschen mit Behinderung haben. Oftmals gehe es nicht darum, was die
Person mit Behinderung selbst möchte und was ihre Bedarfe sind. Grundsätzlich wissen
die Betroffenen aber meistens am besten, was für sie gut ist und was sie an Unterstüt-
zung brauchen. Deshalb gibt es in der Behindertenbewegung den Slogan: ‚Nicht über
uns, nur mit uns‘.

Ein weiteres Beispiel: Bei einer Podiumsdiskussion sagte eine schwangere Teilnehmerin
mit Spastik, sie hoffe, dass ihr Kind auch mit einer Spastik auf die Welt kommen wird,
weil das Kind sie dann viel besser verstehen werde. Sie hätten dann die gleiche Lebens-
erfahrung. Es ging ein Raunen durchs Publikum: Wie kann man sich freiwillig ein behin-
dertes Kind wünschen? Diese Reaktion zeige nicht zuletzt auch, dass Behinderung als
ein Schicksal gesehen wird, das eigentlich vermieden werden solle. Diese ableistischen
Einstellungen und Strukturen zeigen sich schon vor der Geburt: Wenn pränataldiagnos-
tisch eine Behinderung festgestellt wird, wird viel häufiger abgetrieben.

Zuletzt schwenkte Strähle auf das Thema Utopie ein. Es müsste eine Abkehr von able-
istischen Annahmen, Vorurteilen und Strukturen stattfinden. Ableismen zeigten sich
eben nicht nur in Treppen ohne Rampe, fehlenden Liften, fehlender Gebärdensprache
oder dem Fehlen von Leichter Sprache. Sie zeigen sich auch als Abhängigkeit
von staatlichen Stellen. Hier müssten alle in Bezug auf ihren Umgang mit Menschen
mit Behinderungen die eigenen Bilder, Vorstellungen und Vorurteile reflektieren. Aber
es gebe auch eine starke Behindertenbewegung und Aktivist*innen in diesem Bereich.

Sie stützen sich auf die UN-Behindertenrechtskonvention, die wiederum maßgeblich von Betroffenen mitgeschrieben wurde. Im Artikel 23 dieser Konvention ist festgehalten, dass sich die Vertragsstaaten — zu denen auch Deutschland gehört — dazu verpflichten, wirksame und geeignete Maßnahmen zu treffen, um Diskriminierung aufgrund einer Behinderung in Fragen der Ehe, Familie, Elternschaft und Partnerschaft zu beseitigen. Strähle betonte, dass ihre Utopie-Vorstellung nicht nur in der Abkehr von Ableismen besteht, sondern dass es zugleich nötig wäre, von heteronormativen Vorstellungen abzuweichen und neue Formen zu finden. Es gebe erste Ansätze für behinderte Eltern mit Kindern, zum Beispiel die assistierte Elternschaft oder die begleitete Elternschaft. Aber auch da existiere wieder die Abhängigkeit von Organisationen, die sowas anbieten. Eine Idee wäre zum Beispiel, dass Pflegefamilien nicht nur ein Kind aufnehmen, sondern die ganze Familie. Es gebe auch die assistierte Elternschaft, bei der die Eltern selbst entscheiden, bei was sie Unterstützung brauchen. Noch spannender findet Strähle allerdings die Frage einer solidarischen Elternschaft, etwa bei den neu geplanten Wohnprojekten in Tübingen. Gemeint ist die Idee, den Wunsch, mit Kindern zusammenzuleben, umzusetzen — unabhängig davon, ob es sich um ein eigenes, leibliches Kind handelt oder nicht. Es gehe um den Wunsch, auch Verantwortung zu übernehmen und mitzerleben, wie ein Kind groß wird. Dazu brauchen die Wohnprojekte die Offenheit, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Kleinfamilie aufgelöst werden kann und wie vielleicht auch Kinder miteinander „geteilt“ werden können.

Diskussion auf dem Podium und mit dem Publikum

Das Podium griff zunächst die These der (latenten) Kinderfeindlichkeit in der linken und teilweise queeren Szene auf. So wurde etwa Bezug genommen auf die Zeiten von Netzwerktreffen, Organisationsteams etc. und auch das jeweils erwartete Engagement, das meistens von Menschen mit Kindern nicht leistbar ist. In den meisten Städten seien es noch immer (schwule) weiße, mittelalte Männer, die in den Gruppen federführend seien. Ergo: Kinder und Menschen mit Kindern sollten mehr mitgedacht werden. Strähle parallelisierte die Beobachtung, dass über Kinder gesprochen wird und nicht mit Kindern, damit, dass auch Menschen mit Behinderung nicht ernst genommen werden. Sie bezeichnete dies nicht als aktive Feindlichkeit gegenüber Kindern oder Menschen mit Behinderungen, sondern eher als ein Ignorieren oder Nicht-thematisieren.

Eine andere Position machte vor allem Steckner stark. Sie betonte, dass es wohl eher eine nicht immer unbegründete (Klein-)Familienfeindlichkeit sei, die sich in der Szene manchmal zeige. Familie sei statistisch betrachtet immer noch der gefährlichste Ort für Frauen und Kinder. Wir alle trügen noch die Male des Kampfes zur Befreiung der Frauen von den Fesseln der Kleinfamilie und der Auseinandersetzungen unserer Mütter und Großmütter in uns. Steckner ist nicht einverstanden mit der Kinderfeindlichkeitsdiagnose, denn wenn sich eines verändert habe, dann dies: es gebe im Vergleich zur Generation von vor 30 oder 50 Jahren heute einen anderen, weniger autoritären Umgang mit Kindern und auch einen anderen Umgang mit Frauen. Gerade in der Pädagogik habe sich viel getan und dahinter stünden Kämpfe, Ausbrüche und Kritik — übrigens auch zusammen mit Vätern, die andere Rollenmodelle zu leben beginnen.

Dem stimmte auch Birken zu und verwies darauf, wie die Regelungen in der Coronapandemie wie unter einem Brennglas deutlich machten, wie gefährlich Kleinfamilien sind. Eltern waren ihren Kindern ausgesetzt, Kinder waren ihren Eltern ausgesetzt, ohne soziales Korrektiv. Gerade ein Hausprojekt oder ein größerer Wohnzusammenhang könnte doch für Kinder auch schützend sein. Nichtsdestotrotz seien auch diese Zusammenhänge nicht einfach zu leben, u.a. weil viele Menschen (verständlicherweise) nicht gelernt haben, Konflikte gut auszutragen. Auch für Kinder könne es eine Belastung sein,

wenn sie in einem Hausprojekt leben, in dem sie lieblos behandelt werden. Das spreche nicht gegen diese Versuche, aber sie möchte davor warnen, diese zu idealisieren.

Ein Problem bestehe darin, dass es oft keine Berührungspunkte zwischen den Lebenswelten mit Kindern und ohne Kinder gibt, es seien scheinbar getrennte Sphären. Hier wurden auch Parallelen zum Umgang mit Menschen mit Behinderungen gesehen. Im Zusammensein kann ein Unbehagen (nicht unbedingt Feindlichkeit) bei nichtbehinderten Menschen entstehen, weil sie nicht wissen oder spüren, ob sie etwas falsch machen oder nicht. Die meisten wachsen nicht ‚normal‘ mit Menschen mit Behinderungen auf, und/oder mit Kindern, wir wachsen auch nicht ‚normal‘ mit alten Leuten auf — dies scheinen alles getrennte Sphären zu sein. Ergänzt wurde die Erfahrung, dass es für Kinder selbst ganz ‚normal‘ sein kann, in nichttraditionellen Zusammenhängen aufzuwachsen (z.B. mit zwei Müttern etc.), wenn dies von den Erwachsenen selbstbewusst als ‚normal‘ gelebt und kommuniziert wird. Die Moderatorin ergänzte diese Gedanken mit der Erkenntnis, dass ein besserer Titel für die Veranstaltung ‚Zusammenleben von Kindern und Erwachsenen‘ gewesen wäre als ‚Leben mit Kindern‘, was ja eigentlich eine reine Erwachsenenperspektive ausdrücke.

Passend dazu war ein zweites Thema der Diskussion das binäre Denken, das eben auch die Veranstaltungsüberschrift suggeriere: ‚Leben mit Kindern‘ assoziiere biologische Kinder/Elternschaften und ‚Leben ohne Kinder‘ suggeriere, dass es eigentlich keinen Kontakt zu Kindern gäbe. So bleiben alle Zwischenformen eines Kontakts oder Lebens mit Kindern unbenannt (und unverhandelt). Dabei haben viele ohne leibliche Kinder sehr viel Kontakt z.B. zu Patenkindern, Freund*innenkindern, Nichten und Neffen etc. Ihr Leben beinhaltet Kinder, auch ohne in einem Haushalt mit ihnen zu leben.

Der dritte Themenkomplex drehte sich um die Frage der Reichweite von Utopien: Inwiefern haben die verstärkten Rechte, die inzwischen für queere Personen erkämpft wurden, letztlich nicht auch zu einer Verengung des Familienbegriffs geführt? Gemeint sind hier insbesondere die Ehe für alle, Adoptionsrechte usw., die eigentlich traditionell-nicht-queere Familienmodelle auch für queere Menschen öffnen, ohne jedoch im Grundsatz transformiert zu werden. Für Steckner verhält es sich hier ähnlich wie bei anderen Aspekten der Diskriminierung von Minderheiten: Menschen wollen ihr Leben gut leben, auch wenn sie innerhalb dieser Gesellschaftsordnung nicht die gleichen Rechte haben. Man könne das Thema der Ambivalenz der Reichweite ebenso durchdenken angesichts des Kampfes schwuler Männer für die Ehe oder rund um die Ambivalenz von Geschlechterquotierungen. So sei die Quote ein Hilfsmittel, um die schlimmsten Verwerfungen abzumildern oder Machtdifferenzen auszugleichen, aber sie sei nicht das Ziel. Für den politischen Kampf bleibe sehr wichtig, bei all diesen mittelfristigen Strategien nicht zu vergessen, dass diese nicht das Ende sind; nicht das, worum es ‚eigentlich‘ geht. Kämpfe für Rechte im ‚großen Falschen‘ seien immer ambivalent. Wie viel Kraft habe es die Behindertenbewegungen gekostet, wie viel Kraft habe es Feministinnen gekostet, den aktuellen Standard zu erkämpfen, der ja schon vergleichsweise gut sei. Trotzdem sei es immer noch schwierig.

Ganz allgemein wurde angesichts der seit vielen Jahrzehnten gelebten Versuche der Vielfalt angeregt, den Blick darauf zu lenken, wie feministische Bewegungen es sich immer wieder bewusst machen können, was schon ‚da‘ war und was davon übernommen werden könnte. Andersherum sollte gefragt werden, was möglicherweise verloren geht durch eine Anpassung an ein paar Privilegien, die zugestanden werden.

Borghild Strähle wurde gebeten, noch einmal über die Situation von behinderten Menschen mit Kinderwunsch zu sprechen. Sie erläuterte, dass auch sie nicht allen Menschen

mit Behinderung zutrauen würde, ein Kind großzuziehen. Aber: sie plädierte dafür, dass es andere Ideen der Unterstützung geben sollte, etwa so, dass ein Mensch mit Kinderwunsch nicht unbedingt selbst Mutter oder Vater werden müsse, sondern ein gemeinsames Mitleben arrangiert werden könnte. Eine andere Idee sei, Nachbarschaften verbindlich zu leben und in einer Familie mit einem behinderten Elternteil Mit-Verantwortung zu übernehmen usw. Es gehe um kreative Ideen, die nicht sofort das Kind aus der Familie nehmen oder den Kinderwunsch von vornherein torpedieren. Traditionell wurde in den Heimen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderung das Thema Elternschaft überhaupt nie mitgedacht. Frauen bekamen die Dreimonatsspritze bzw. wurden zur Sterilisation gedrängt. Erst in jüngster Zeit beginnen die Einrichtungen umzudenken. Es gibt erste Ideen, eine Wohnform zu schaffen, in der Menschen mit Kind und mit Behinderung zusammenwohnen und eine Assistenz dazukommt, die vielleicht auch für mehrere Paare zuständig ist. Das passt auch zu dem allgemeinen Assistenzmodell für Menschen mit Behinderungen. Das Budget könnte z.B. erweitert werden, damit sie sich auch Assistenz für das Kind mitleisten könnten.

Festgestellt wurde im weiteren Gesprächsverlauf, dass viel über Bedingungen, Anforderungen und Utopien geredet wurde, aber kaum über Gefühle. Diese seien schon in einer klassischen Dreier-Konstellation Vater-Mutter-Kind nicht gerade einfach; nicht selten gebe es Eifersucht und Empfindungen von Zurückgesetztsein. Da stellt sich die Frage, inwiefern sich das in Patchwork-Familien und neu zu entwickelnden Familienkonstellationen potenziert, wenn mehr als zwei Erwachsene Verantwortung für ein oder mehrere Kinder übernehmen. Natürlich wüssten wir alle, dass es kein Recht auf ein Kind gibt, Kinder nicht unser Eigentum sind — und dennoch sind wir nicht frei von solchen (besitzergreifenden) Gefühlen. Klar scheint, dass eine solche Erweiterung der Kleinfamilie sicher sehr, sehr viel Energie kostet. Manche sprachen jedoch von dem Eindruck, dass in diesen — von allen Anwesenden als sinnvoll und wegweisend eingeschätzten — neuen Versuchen anderer Lebensformen Gefühle dieser Art ein Tabu waren (und vielleicht immer noch sind). Gerade von etwas älteren Diskussionsteilnehmer*innen wurde erinnert, wie schwierig die Zeiten des Aufwachsens in der deutschen Nachkriegszeit waren, als Kommunikation über Gefühle nicht stattfand; niemand gelernt hatte, Konflikte emotionaler Art zu thematisieren und damit umzugehen. Eigentlich müsste erst eine eigene Auseinandersetzung stattfinden mit den widerstreitenden und verdrängten Gefühlen, bevor man in größeren Gemeinschaften leben könnte.

Aus der Beratungsstelle BerTA brachte auch Rottler die Erfahrung mit, dass es schwierig ist, die Gefühle anzuschauen. Z.B. bei Frauenpaaren mit Kindern erlebe sie immer wieder, wie hinterrücks die Enttäuschung kommt, wenn das Kind sich etwa mehr der leiblichen Mutter zuwendet, wenn im Vordergrund doch das Narrativ wirkt, dass Frauen alle gut mit Kindern umgehen könnten, und keine Konfrontation mit möglichen Fallstricken stattgefunden hat. Aus dem Publikum wurde, auch mit Verweis auf Bücher (z.B. „Der Ursprung der Liebe“ von Liv Strömquist)³¹, angemerkt, dass die neu ausprobierten Lebensformen letztlich fest verwurzelte Strukturen in Frage stellen — und die dazu angelernten Gefühle sich nicht so schnell ändern wie vielleicht die gelebte äußere Form. Mehr-Elternschaft ist als Angriff auf das monogame kleinbürgerliche Kleinfamilienmodell zu werten, das doch sehr tief in die Gesellschaft eingeschrieben ist, auch wenn es gar nicht von so vielen (glücklich) gelebt wird.

Dies bestätigen auch die Berichte aus den Blogs und Interviews von Birken und Kollegin, die vor allem die Gefühle der Erwachsenen untereinander in den Blick genommen haben. Am Beispiel einer von Birken interviewten, gelingend zusammenlebenden großen Kommune in Brandenburg werde deutlich, dass das Wichtigste sei, sich sehr viel Zeit zu nehmen. „Die machen individuell Psychotherapien, die machen zusätzlich so

31
Der Ursprung der Liebe ist ein feministischer Comic von Liv Strömquist, der im Jahr 2010 beim Ordfront Förlag veröffentlicht wurde. Die deutsche Übersetzung brachte der avant-verlag 2018 heraus.

was wie radikale Therapie in unterschiedlichen Gruppenzusammenhängen, die machen regelmäßig Community-Building-Wochenenden miteinander und sie haben eine sehr direkte und offene Konfliktkultur.“ Anders scheint es nicht zu gehen. Eine andere Teilnehmerin bringt es so auf den Punkt: „[...] ich glaube, wir müssen generell von diesem Liebesbegriff wegkommen, also den Begriff größer machen. Liebe endet halt nicht bei einer anderen erwachsenen Person und Liebe endet auch nicht bei zwei Eltern.“

Allerdings gab es auch Gegenrede aus dem Publikum, die sich vor allem gegen eine Idealisierung der guten Elternschaft aussprach und vor einer Überhöhung warnte. Schließlich solle auch die praktische Seite, sich einfach gelegentliche Unterstützung bei der Kinderbetreuung, z.B. von Mit-Eltern in der Schulklasse des Kindes, zu organisieren, wertgeschätzt werden, auch wenn die Angefragten nicht gerade dem eigenen Elternideal entsprächen. Ein bisschen Vertrauen und Alltagstauglichkeit müsse auch möglich sein.

In Ergänzung und auch als Gegenpol zur Gefühlsebene betonte eine weitere Teilnehmerin, die selbst in einer Kleinfamilie lebt, die praktische Ebene. Sie könne sich überhaupt nicht vorstellen, sich mit noch mehr als einer Person über alles abzusprechen. Schon in einer Zweierkonstellation sei dies extrem aufwändig, wenn man wirklich versuche, eine geteilte Elternschaft zu leben. Sie plädierte ebenso eher für die kleinen Möglichkeiten „nebenbei“, also z.B. sich gelegentlich mit anderen Eltern zusammensetzen, Pat*innen-schaften etc., ohne den Anspruch der gleichen Verantwortung aller Beteiligten.

Letztendlich wurden hier Ansprüche formuliert, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen der 60- bis 80-Stunden-Woche niemals realisierbar seien. Gäbe es Rahmenbedingungen sicherer Lebensumstände und bewältigbarer Erwerbsarbeit, sodass Existenzängste nicht nebenbei bewältigt werden müssten, so wäre es leichter, sich erfolgreich damit auseinanderzusetzen, wie wir eine Konfliktkultur leben können.

Ein weiterer Punkt, der das Publikum beschäftigte, war die soziale Elternschaft, d.h. ein Leben mit Kindern, die nicht die biologisch eigenen sind. Eine Teilnehmerin verwies darauf, dass Kinderkriegen neben allem anderen auch eine kapitalistische Seite habe. Sie stellte die These auf, dass dieser Wunsch, unbedingt biologische Kinder zu haben, im Grunde ein kapitalistisches Thema sei und gepusht werde, um Kinderbedarfswaren zu verkaufen. Da stelle sich ihr verstärkt die Frage, inwieweit wir überhaupt mehr andere Lebensformen mit Kindern umsetzen können? Es gebe Onlineplattformen wie „Familyship“, wo Co-Elternschaften vermittelt werden. Es gebe — so eine weitere Teilnehmerin — auch die Möglichkeit, ein Pflegekind aufzunehmen, was mittlerweile auch als alleinstehende Person gehe. Mehrere bestätigten, dass Pflegeeltern-Werden eine sehr schöne Art sei, Begleitperson für ein Kind zu sein. Allerdings gebe es auch hier einen ableistischen Aspekt, nämlich, dass Pflegekinder mit Behinderung oft keine Familie finden. Aus einem Jugendamt wurde berichtet, dass die behinderten Pflegekinder dann gerne an queere Paare vermittelt würden — eine Diskriminierung auf beiden Seiten. Als Begründung, keine eigenen Kinder zu bekommen, wurde noch die ökologische Perspektive mit Blick auf Nachhaltigkeit und Klimakrise ergänzt. Es gab Verständnis dafür, dass Menschen sich überlegen, aus eigenen Ängsten um die Zukunft keine Kinder zu bekommen, und auch aus Sorge um die Zukunft des Kindes heraus. Allerdings stelle sich die Frage, wo die Grenze zu ziehen sei. Ganz drastisch und konsequent könne man ja sagen, dass sich auch heute alle selbst umbringen könnten. Wäre dann die Welt irgendwie ein besserer Ort? Eigentlich gehe es doch um Nachhaltigkeit, weil wir weiterleben wollen auf dieser Welt und dazu wiederum brauche es dann Kinder und neue Generationen.

Fazit

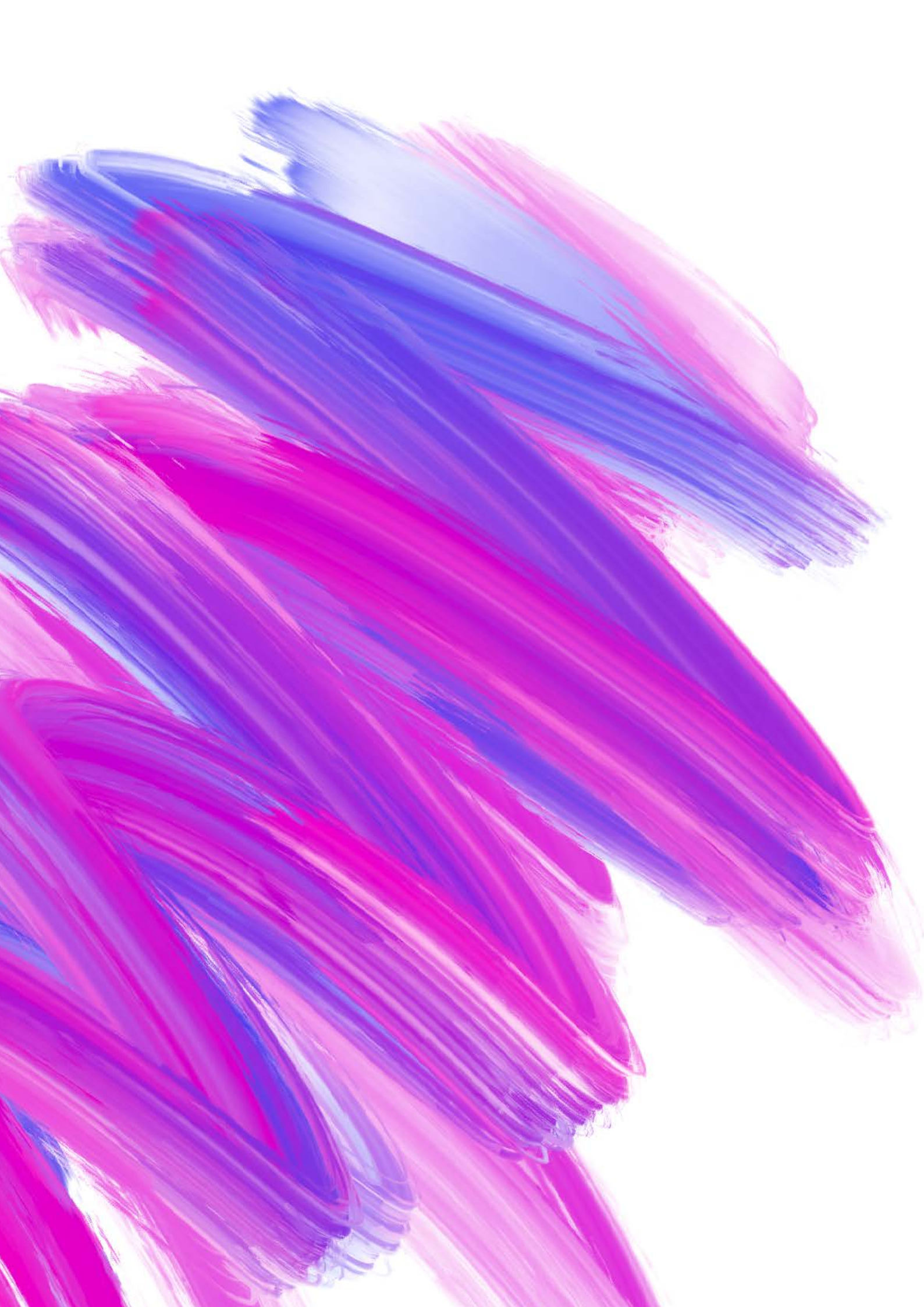
Zusammenfassend ließen sich zwei zentrale Gedankenlinien herausstellen:

Erstens: Bei allen neuen Überlegungen und Kritiken an herkömmlichen Familienformen und Sozialisationsresistenzen ist und bleibt der Aspekt der Selbstbestimmung zentral, verbunden mit der Vorsicht, keine neuen Dogmen und Verhaltensregeln aufzustellen.

Zweitens: Die Art und Weise, wie unsere Produktionsweise unsere Lebensweise organisiert, ist herrschaftsförmig. Es gibt viele beschädigte Beziehungsweisen; beschädigtes Leben in ganz normalen Verhältnissen durch Rahmenbedingungen, die nicht lebensfreundlich und zugewandt sind. In diesen Rahmenbedingungen das Beste daraus zu machen und dafür zu streiten, dass es besser wird, ist der einzige Kampf, der tatsächlich geführt werden kann. Dafür braucht es in der Tat Zeit. Als Inspiration kann Philosophin Frigga Haug stehen, die, kurz gesagt, dafür streitet, unterschiedliche Tätigkeiten im Leben gleichberechtigt nebeneinander zu stellen. In dieser Rechnung dürfte die Erwerbsarbeit allerhöchstens vier Stunden am Tag betragen. Es geht dabei nicht um einzelne Abgrenzungen, sondern um einen gesellschaftlichen Entwurf; einen Kompass, ob wir in die richtige Richtung gehen.

Konkret wurden einige Zielrichtungen, Forderungen (und Utopien) zusammenfassend pointiert:

- 32-Stunden-Woche für Familien, das heißt bei zwei Elternteilen 16 Stunden pro Person als sinnvolle Wochenerwerbsarbeitszeit
- Elterngeld bzw. ein Pflegegeld statt Elterngeld
- dafür sorgen, dass alle Kinder gleich viel wert sind
- Architektur und Stadtplanung als Hebel, um über die räumlichen Gegebenheiten mehr Wohnformen zu ermöglichen
- Rechtliche Möglichkeiten schaffen für mehr als zwei Eltern bzw. für Wahlfamilien
- Ableismus abbauen, insbesondere das Recht auf Kinder von behinderten Eltern anerkennen,
- biologische Elternschaft als Norm hinterfragen.



Elternschaft bleibt in Bewegung: Verständigung als gelebte feministische Praxis.

Ein Fazit

Selbstbestimmung stellt im Diskurs um Elternschaft ein zentrales Thema dar — so auch in der Veranstaltungsreihe. Im weiß geprägten Feminismus in Westdeutschland der 1970er und 80er Jahre wurde darunter vor allem das Recht von Frauen auf Entscheidungsfreiheit verstanden, Kinder zu bekommen oder keine — also nicht unbedingt „Mutter“ werden zu *müssen*. In Form des Mütterkongresses und des daraus hervorgegangenen Müttermanifests von 1987, die für sich eine positive Aneignung der Mutterrolle reklamierten, regte sich dagegen aber auch Widerstand. So wurde das Thema Mutterschaft zu einem Konfliktthema der feministischen Bewegung(en). In der DDR dagegen war es zur gleichen Zeit unhinterfragt, Kinder und feministisches Engagement zu verbinden. Zugleich waren dort Schwangerschaftsabbrüche schon seit 1972 innerhalb einer Fristenregelung straffrei.³²

In den Folgejahren wurde von Vertreterinnen des Schwarzen Feminismus ein Recht, Mutter werden zu *dürfen*, stark gemacht. Diese Feministinnen verstanden Mutterschaft als Form von Selbstbestimmung und Handlungsmacht. Sie machten deutlich, dass Mutterschaft nicht an alle Frauen als gesellschaftliche Rollenanforderung gleichermaßen herangetragen wird, sondern es vielmehr gesellschaftliche Vorstellungen davon gibt, welche Frauen Mütter werden sollen — und welche nicht. Die Forderung nach Selbstbestimmung wird so zur Forderung nach reproduktiver Gerechtigkeit weiterentwickelt. Schwarze Frauen, indigene Frauen, Women of Color, Sinti*zze und Rom*nja, behinderte Frauen und queere Personen waren und sind häufiger von Zwangsmaßnahmen in Bezug auf Verhütung, Fremdunterbringungen der Kinder und ähnlichen restriktiven Maßnahmen betroffen. Elternschaften in diesen diskriminierten Gruppen prägt, dass mit den Kindern Gespräche über Rassismus, Ableismus und/oder Queerfeindlichkeit geführt werden müssen, was sie von Familien aus privilegierten gesellschaftlichen Gruppen unterscheidet.

Im Queerfeminismus werden schließlich Gebären und Mutterschaft voneinander gelöst. Wenn Menschen Kinder gebären, die sich als nicht-binär, intergeschlechtlich und/oder queer verorten, dann besteht Selbstbestimmung darin, ein Kind gebären zu können, ohne deshalb Mutter — also ein vergeschlechtlichter Elternteil — sein zu müssen. Dasselbe gilt dafür, Samenzellen zur Zeugung beizusteuern, ohne Vater sein zu müssen.

↘
(QUEER-)FEMINISMEN
IM DIALOG
↘
ELTERNCHAFT IN
BEWEGUNGEN
↘
SCHWANGERSCHAFT
UND GEBURT
↘
LEBEN MIT UND OHNE
KINDER
↘
FAZIT
↘
WEITERFÜHRENDES
MATERIAL

32
Vgl. Ulrike Lembke (2020): Schwangerschaftsabbruch in DDR und BRD. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/angebote/dossiers/30-jahre-geteilter-feminismus/schwangerschaftsabbruch-in-ddr-und-brd> [Zugriff: 06.11.2023]

Diese Form der Selbstbestimmung ist aktuell massiv eingeschränkt, was zum einen an — auch sprachlichen — Gewohnheiten und Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft liegt. Zusätzlich herrscht die Norm der Zweigeschlechtlichkeit vor und Weiblichkeit ist im Kontext von Schwangerschaft und Geburt in besonderem Maße stereotyp aufgeladen. Zum anderen schlagen sich jene Normen weiterhin in juristischen Regelungen nieder, welche die Selbstbestimmung schon in Form einer Selbstbezeichnung fast unmöglich machen: Nach der aktuellen deutschen Gesetzeslage werden Menschen, die ein Kind zur Welt gebracht haben, automatisch als Mütter definiert — und das, obwohl es in Deutschland inzwischen offiziell vier Geschlechtsoptionen im Sinne des Personenstandes gibt — weiblich, divers, männlich, kein Geschlechtseintrag.

Auch die Reproduktionsmedizin trägt zur Verwirklichung queerer Kinderwünsche bei und kann insofern aus queere feministischer Perspektive als Beitrag zur Selbstbestimmung verstanden werden. Gleichzeitig wurden in unseren Diskussionen bei diesem Thema große Ambivalenzen deutlich: Gerade für queere Personen ist der Zugang zur Reproduktionsmedizin häufig aufgrund rechtlicher Regelungen und Grauzonen erschwert. Weitere Hürden bestehen in den oftmals hohen Kosten der Behandlungen. Reproduktionsmedizin ist für viele Menschen notwendig zur Realisierung leiblicher Kinderwünsche, ist jedoch zugleich ein Feld, das soziale Ungleichheiten reproduzieren kann. Dazu gehört auch die häufig damit einhergehende Ausbeutung derer, die gegen Geld Eizellen spenden oder Schwangerschaften austragen — oftmals unter äußerst prekären Bedingungen.

Im Kontext der Geburtshilfe kommt dem Selbstbestimmungsbegriff ebenfalls eine entscheidende Bedeutung zu. Die Frauengesundheitsbewegung der 1980er Jahre identifizierte Kliniken als Orte von Pathologisierung, Übergriffen und Gewalt, an denen folglich keine selbstbestimmte und keine natürliche Geburt möglich sei. Im Gegenzug wurde das Konzept der Geburtshäuser als Ergänzung zu Hausgeburten entwickelt. Beide Geburtsformen werden ausschließlich durch Hebammen begleitet und sind von den Krankenkassen anerkannt. De facto machen diese außerklinischen Angebote jedoch einen winzigen Bruchteil in der deutschlandweiten Landschaft der Geburtshilfe aus. Das hängt zum einen mit steigenden Haftpflichtversicherungssummen für Geburten zusammen, zum anderen mit Machtverhältnissen zwischen klinischer und außerklinischer Geburtshilfe im Zuge der Medikalisierung von Geburten. Diese Polarisierung verhindert oftmals Konzepte wie etwa Beleggeburten, bei denen eine freiberufliche Hebamme bereits die Schwangerschaft begleitet und dann zur Geburt gemeinsam mit der schwangeren Person in die Klinik geht. Unsere Diskussion in der Veranstaltung zu Selbstbestimmung im Kontext Geburt machte eine weitere Facette deutlich: Die feministische Formel „Natürlichkeit gleich Selbstbestimmung“ ist zeitgemäß weiterzuentwickeln, so verständlich sie als Reaktion auf die grundsätzliche Pathologisierung von Schwangerschaft und Geburt durch die männlich geprägte Geburtsmedizin war. Umfassende Selbstbestimmung wäre dann gegeben, wenn Schwangere aus der gesamten Palette aller außerklinischen und klinischen Settings und Praktiken frei auswählen könnten und ihre körperliche Integrität gewahrt wird. Auch wurde deutlich, dass außerklinische Settings seit Jahrzehnten von queeren Personen gewählt werden, weil sie dort weniger Diskriminierung erleben. Sie sind ein zentraler Baustein für Selbstbestimmung, der allen Schwangeren zur Verfügung stehen sollte und die daher stärkere gesellschaftliche und ökonomische Anerkennung erfahren sollten.

Die Frage der Selbstbestimmung ist eng mit dem Thema der Utopien für ein gutes Zusammenleben von Kindern und Erwachsenen verbunden. Welche Schritte und Ansatzpunkte in diese Richtung gibt es bereits, aber auch welche Hürden?

Prägend für die Diskussionen zu Utopien war die These, dass Care-Arbeit und Lohnarbeit schlicht unvereinbar innerhalb kapitalistischer Verhältnisse seien. Das kapitalistische System ist angewiesen auf die Fürsorgearbeit für Kinder, die zudem zukünftige Arbeitskräfte darstellen. Diese Care-Arbeit verschlingt unfassbare Mengen an Lebenszeit von Erwachsenen — bis heute überwiegend von Frauen und anderen gebärenden Personen, die ihnen dann wiederum nicht für Lohnarbeit, geschweige denn als Freizeit, zur Verfügung steht. Private Care-Arbeit wird im Kapitalismus jedoch nicht ökonomisch anerkannt, die Folgen sind bekannt: Menschen, die sich einen Großteil ihres Lebens unbezahlt um andere kümmern, haben weniger Freizeit, erhalten weniger Rente, bauen weniger Vermögen auf und sind letztlich schlechter sozial bzw. finanziell abgesichert. Feministische Kämpfe haben dazu geführt, dass Gebärende heute nicht mehr allein auf die Mutter/Elternrolle festgelegt sind. Diese Entwicklung brachte aber auch mit sich, dass die heutige durchschnittliche Lohnarbeitszeit in einer Zwei-Eltern-Familie (auch aus finanziellen Gründen) auf 60–80 Wochenstunden gestiegen ist, während sie beim Ein-Ernährer-Modell bei etwa 40 Wochenstunden lag. Eine Reduzierung von Arbeitszeiten für alle, aber insbesondere für Eltern sowie ein Elterngeld könnten dem entgegenwirken.

Ein weiteres großes Thema stellt die (ebenfalls nicht neue) Frage dar, inwiefern es gelingen kann, Kinder jenseits von traditionellen Kleinfamilien aufwachsen zu lassen. Eine erste Hürde besteht in der Architektur, die meist Zwei-Eltern-Familien mit ein bis zwei Kindern adressiert. Für andere Gemeinschaftsformen wie z.B. Wohngemeinschaften, Patchworkfamilien oder Co-Elternschaftskonstellationen wird es oft schwierig, überhaupt passenden und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Eine zweite Hürde besteht beim Wunsch nach verbindlicher Verantwortungsübernahme für ein Kind durch mehr als zwei Erwachsene, wofür es rechtlich keine Grundlage gibt. Selbst wenn zwei Erwachsene in einer festen Liebesbeziehung Verantwortung übernehmen wollen, ohne zu heiraten, kann es kompliziert werden.

Das Konstrukt der Ehe wurde auf unseren Veranstaltungen äußerst kontrovers diskutiert. Die Positionen reichten von einer Kritik an der patriarchalen Institution bis hin zu der Ansicht, die Ehe sei aktuell die einzige Möglichkeit für Frauen, finanziell — auch im Falle des Scheiterns einer Beziehung — abgesichert zu sein. Den kritischen Perspektiven geht es um mit der Ehe einhergehende Einschränkungen insbesondere von Frauen, aber auch um die Privilegierung dieses Modells des Zusammenlebens im Vergleich zu Menschen, mit anderen Lebensformen. Andere Beteiligte gaben zu bedenken, dass besonders Frauen, die außerhalb einer Ehe Kinder haben, sich um die Sicherheit des Unterhalts bringen. Unterhalt für das Kind muss zwar auch außerhalb der Ehe gezahlt werden, innerhalb der Ehe kommt jedoch Unterhalt für den Elternteil hinzu, der sich maßgeblich um das Kind kümmert und dafür meist die Lohnarbeit reduziert. In Sachen Utopie, in welche Richtung die Gesellschaft sich entwickelt sollte, waren sich jedoch alle einig: Es braucht Absicherungsmodelle für alle Konstellationen. Doch wie lässt sich diese Transformation gestalten?

Um das Zusammenleben von Erwachsenen und Kindern neu zu denken, kann sich ein Blick in die queere Geschichte lohnen: Queere Menschen praktizieren schon lange das Modell Wahlverwandtschaft — aus der Not heraus, da viele von ihren biologischen Familien verstoßen wurden und die Ehe ihnen lange nicht offenstand bzw. an vielen Orten dieser Welt noch immer nicht offensteht. Interessanterweise scheint sich mit den zunehmenden Möglichkeiten für queere Personen, leibliche Kinder zu bekommen, der Familienbegriff wieder zu verengen. Es gilt zunehmend als erstrebenswert, „eigene“ Kinder zu bekommen. Hier zeigt sich ein Spagat innerhalb feministischer Diskurse: Das Recht auf leibliche Kinder für alle zu erkämpfen und gleichzeitig Familie neu zu den-

ken, d.h. von dieser Leiblichkeit zu lösen. Das ist eine Herausforderung, die keinesfalls auf einen innerfeministischen Konflikt verengt werden sollte, sondern auf vielfältige Lebensrealitäten verweist und die Komplexität des Themas aufzeigt.

Doch es gibt natürlich auch im Hier und Heute Menschen, die versuchen, ein Zusammenleben von Kindern und Erwachsenen jenseits von Kleinfamilien zu leben. Nicht selten scheitern diese Versuche an fehlender rechtlicher Absicherung, Zeitnot aus ökonomischen Zwängen und Platzmangel. Oftmals klaffen auch die politischen Überzeugungen und die erlebten Gefühle beispielsweise in einem Hausprojekt mit Kindern oder in einer Mehrelternschaft auseinander. Möglicherweise fehlt es an Vorbildern und es wird unterschätzt, wie tief Bilder von Kleinfamilien verinnerlicht sind. Es braucht viel Zeit und Austausch, um daran zu arbeiten. Aus diesem Grund sollten auch niederschwelligere Modelle wie der punktuelle Zusammenschluss mehrerer Familien oder Lebensgemeinschaften bei der Care-Arbeit in den Blick genommen werden. Auch Konzepte wie eine verbindliche Pat*innenschaft, bei der also ein Kind mehr als zwei erwachsene Bezugspersonen hat, jedoch mit unterschiedlichen Verantwortungsgraden, können ein Lebensmodell jenseits der isolierten Kleinfamilie sein.

An dieser Stelle der Diskussion wird auch deutlich, dass es Feminist*innen gibt, die innerhalb von Kleinfamilien leben und das Gefühl haben, sich dafür rechtfertigen zu müssen. Doch gerade weil es nicht so leicht ist, innerhalb der aktuellen Verhältnisse andere Formen zu leben, plädieren Mitdiskutierende, dass Solidarität zwischen Erwachsenen ohne und mit Kindern der erste Schritt zur Veränderung darstellen kann – und nicht die Abwertung von Kleinfamilien. Solidarität könnte bedeuten, dass alle Erwachsenen Verantwortung für Kinder übernehmen, egal ob sie „eigene“ Kinder haben oder nicht. Dabei soll eine weitere feministische Skepsis gegenüber der Form der Kleinfamilie in ihrer nicht-queeren, ins Private zurückgezogenen Ausprägung nicht negiert werden: Statistisch gesehen stellt die Familie den gefährlichsten Ort für Frauen dar. Dennoch: Eine solche Solidarität könnte bedeuten, dass alle Erwachsenen Verantwortung für Kinder übernehmen, egal ob sie „eigene“ Kinder haben oder nicht.

Auf dem Weg in ein zukünftiges gutes Zusammenleben von Erwachsenen und Kindern wird in den Diskussionen immer wieder die Bedeutung von Empowerment-Räumen und dem Teilen von Erfahrungswissen sowie feministischem Theoriewissen deutlich. In Bezug auf queere Elternschaft gründete sich in Baden-Württemberg in den 1990er Jahren die erste Selbstorganisation lesbischer Eltern LesKids. Heute gibt es bundesweit Gruppen der Initiative lesbischer und schwuler Eltern (ILSE) und in Stuttgart mit BerTa eine Beratungsstelle für queere Menschen mit Kindern oder Kinderwunsch in Baden-Württemberg. Innerhalb einer heteronormativen Gesellschaft sind solche Räume von wichtiger Bedeutung, um sich mit der eigenen Lebensrealität nicht allein zu fühlen. Dort kann sich über erlebte queerfeindliche Diskriminierung ausgetauscht werden und ein Ort erlebt werden, an dem man sich nicht erklären muss und von der Erfahrung anderer lernen kann.

Gerade die Weitergabe von Erfahrungen zwischen queeren Familien ist wichtig, um sich als queeres Elternteil in einer heteronormativen Welt behaupten zu können. Selbstorganisationen, Erfahrungsberichte in Büchern, auf Blogs oder Social Media schaffen Abhilfe. Gleichzeitig ist es aus feministischer Sicht wichtig, dass alle Akteur*innen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, die mit Schwangerschaft und Kindern zu tun haben, in Bezug auf queere Elternschaft fortgebildet werden, um Verständnis und Akzeptanz bzw. Anerkennung auszubauen. Gleiches gilt natürlich auch für Belange anderer marginalisierter Gruppen.

Auch die Frage, inwiefern Eltern eigentlich Teil feministischer Bewegung sind und sein können, gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen. Ganz selbstverständlich sind Veranstaltungen, die Kinder mitdenken, jedoch weder gesamtgesellschaftlich noch in der feministischen Bewegung — obwohl sie beispielsweise bereits im (heftig umstrittenen) Müttermanifest von 1987 gefordert wurden. Eng damit verwoben erweist sich das Thema Adulthood — eine Diskriminierungsform, welche Erwachsene als Norm setzt und Kinder benachteiligt. Bei Fragen der Kinderbetreuung darf es nicht um die „Verwahrung“ der Kinder gehen. Stattdessen sollte es um die Bedürfnisse der Kinder gehen und Räume geschaffen werden, in denen Kinder einfach dabei sein dürfen, statt separiert zu werden.

Ist Elternschaft denn nun eine Leerstelle im Feminismus? Die Veranstaltungsreihe hat gezeigt, dass Elternschaft ein Thema mit Konjunkturen ist. Immer wieder nimmt es in feministischen Debatten breiteren Raum ein — um dann für einen längeren Zeitraum wieder fast gänzlich zu verschwinden. Durch diese Pausen geht leider oftmals die Anbindung an frühere Diskursstränge verloren. Beim Zusammentragen vieler dieser feministischen Diskursstränge in unseren Veranstaltungen zeigten sich zahlreiche Konfliktlinien, die speziell mit Elternschaft zu tun haben, aber auch solche, die darüber hinaus feministische Bewegungen spalten. Letzteres wurde besonders deutlich, als es um trans und nicht-binäre Schwangere ging. Hier zeigte sich eine große Unsicherheit, es gab viele Fragen und auch Sorgen, wie etwa, dass durch die sprachliche Berücksichtigung von Schwangeren, die keine Frauen sind, Frauen unsichtbar gemacht werden könnten.

Damit einher ging bei manchen Feministinnen die generelle Sorge, dass eben diese erkämpfte Sichtbarkeit von Frauen an Bedeutung verliert. Sprache hat eine unglaubliche Polarisierungskraft: Sprache kann verletzen, kann Ausschlüsse bestätigen. Wer nicht verletzt werden will, aber nicht weiß, was angemessene Worte und Bezeichnungen sind, wird jedoch unsicher. Auch das produziert Ausschlüsse, weil dann oftmals gar nicht mehr gesprochen wird. Deshalb ist es so wichtig, im Gespräch zu bleiben und verschiedene Positionen zu respektieren. Was kann dies bedeuten? Es ist viel gewonnen, wenn wir versuchen, nicht zu verletzen, bei Unsicherheit nachzufragen und im Sprechen eine ‚Fehlerfreundlichkeit‘ zu praktizieren. Nur so können alle beständig dazulernen. Ein Beispiel: Die Forderung, in einer Anrede nicht nur von „Damen und Herren“ zu sprechen, sondern auch nicht-binäre und intergeschlechtliche Personen zu adressieren, bedeutet nicht, gar nicht mehr von Männern und Frauen sprechen zu dürfen. Es geht um ein **sowohl als auch**: Wir können in der Sprache **sowohl** nicht-binäre Personen **als auch** Frauen und Männer sichtbar machen. Wir können **sowohl** einen Safer Space für FLINTA-Personen³³ **als auch** einen Safer Space für Frauen³⁴ anbieten — je nach Thema und Bedürfnissen. Dies gilt es durchzusetzen in einer Gesellschaft, in der viele diese Safer Spaces für bestimmte Gruppen überhaupt nicht als Erfordernis sehen und oft schon der eine Safer Space für Frauen verteidigt werden muss. Dieses „Sowohl-als-auch“ erfordert Kraft und Ausdauer, auch deshalb, weil die Debatte um Selbstbezeichnungen und Räume prinzipiell ungeschlossen ist, in einem beständigen Wandel. Woher wir diese Kraft bekommen können? Das bringt Valo Christiansen sehr schön auf den Punkt:

„Und ich glaube, das ist das, was man ganz oft vergisst, dass je mehr wir sind und je mehr wir uns für all unsere Kämpfe zusammenschließen und eben nicht sagen, mein Ziel ist wichtiger als deins, sondern sagen, all unsere Ziele sind wichtig. Und wir alle müssen irgendwie aus dieser Unterdrückung [des Patriarchats] rauskommen. Dann können wir eben auch zusammen ganz, ganz viel erreichen.“

33
FLINTA steht für Frauen, lesbische, intergeschlechtliche, nicht-Binäre, trans und agender Personen

34
Unter dem Begriff Frauen* verstehen wir alle cis und trans Personen, die sich als Frauen verstehen

Die Veranstaltungsreihe zeigt die Dringlichkeit, mit der Familienpolitik (queer)feministisch weiterentwickelt werden muss und mit der (queer)feministische Bewegungen Eltern und Kinder systematischer mitdenken sollten. Räume, in denen eine angstfreie Verständigung zwischen verschiedenen Lebensrealitäten möglich sind, sollten alltäglich werden, denn sie stellen gelebte feministische Praxis dar. Begleitung durch Erwachsene wünschen wir eigentlich Kindern in einer queerfeministischen Utopie?



Weiterführendes Material



DIE VERANSTALTUNGSREIHE „(QUEER)FEMINISMEN IM DIALOG“ IM RADIO:

https://www.wueste-welle.de/redaktion/view/id/114/tab/weblog/article/91266/Fem-Rasant_27-4-2003.html

<https://www.wueste-welle.de/redaktion/view/id/114/tab/weblog/>



WISSENSCHAFTLICHE LITERATUR

Lisa Yashodhara Haller und Alicia Schlender (2022): **Handbuch Feministische Perspektiven auf Elternschaft**. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.

<https://feministische-eltern.de/>

Ska Salden & Netzwerk Queere Schwangerschaften 2022: **Queer und schwanger**. Diskriminierungserfahrungen und Verbesserungsbedarfe in der geburtshilflichen Versorgung. Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung.

Online verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/2022/02/24/queer-und-schwanger>

Winkler, Christiane; Babac, Emine: **Birth Justice (2022)**: Birth Justice. Die Bedeutung von Intersektionalität für die Begleitung von Schwangerschaft, Geburt und früher Elternschaft. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 47, S.31–58. Online verfügbar unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11614-022-00472-5>

Lisa Yashodhara Haller: **Eltern im Kapitalismus**. Staatliche Einflussfaktoren auf die Arbeitsteilung junger Eltern. Campus.

https://www.campus.de/buecher-campus-verlag/wissenschaft/soziologie/elternschaft_im_kapitalismus-14263.html

Marie Fröhlich, Ronja Schütz, Katharina Wolf (Hg.) 2022: **Politiken der Reproduktion**. Umkämpfte Forschungsperspektiven und Praxisfelder. Transcript.

<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5272-7/politiken-der-reproduktion/?number=978-3-8394-5272-1&c=311000219>

Richarz, **Rechtliche Regulierung von Reproduktion in Deutschland**, in: Fröhlich, Schütz, Wolf: **Politiken der Reproduktion**, 2022, S. 47–67.

Online unter: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5272-7/politiken-der-reproduktion/?c=311000219>

Teresa Bücken: **Alle_Zeit**. Eine Frage von Macht und Freiheit. Ullstein-Verlag.

<https://www.ullstein.de/werke/alle-zeit/hardcover/9783550201721>

↘
(QUEER-)FEMINISMEN
IM DIALOG

↘
ELTERNCHAFT IN
BEWEGUNGEN

↘
SCHWANGERSCHAFT
UND GEBURT

↘
LEBEN MIT UND OHNE
KINDER

↘
FAZIT

↘
WEITERFÜHRENDES
MATERIAL



BROSCHÜREN, STELLUNGNAHMEN, AKTIVISTISCHE LITERATUR

Das Müttermanifest – Thesen von Gisela Erler 1987

<https://zwanzigtausendfrauen.at/2011/05/das-muttermanifest-thesenpapier-1987-von-gisela-erler/>

Uli Streib-Brzic, Stephanie Gerlach 2005: Und was sagen die Kinder dazu? Gespräche mit Töchtern und Söhnen lesbischer und schwuler Eltern. Querverlag.

Uli Streib-Brzic, Stephanie Gerlach 2015: Und was sagen die Kinder dazu? Zehn Jahre später. Neue Gespräche mit Töchtern und Söhnen lesbischer, schwuler und trans* Eltern. Querverlag.
<http://www.querverlag.de/und-was-sagen-die-kinder-dazu/>

Almut Birken, Nicola Eschen (2022): Links leben mit Kindern. Care Revolution zwischen Anspruch und Wirklichkeit, 2. Auflage. Unrast-Verlag.
<https://linkslebenmitkindern.org/>

Daniela Thörner (2021): Mädchen, Junge, Kind. Geschlechtersensible Begleitung und Empowerment von klein auf. Eine Anleitung für Eltern und Erwachsene. Familiar Faces Verlag.
<https://familiarfaces.de/shop/buch/maedchen-junge-kind-geschlechtersensible-begleitung-und-empowerment-von-klein-auf/>

Ravna Marin Siever (2022): Was wird es denn? Ein Kind. Wie geschlechtsoffene Erziehung gelingt. Weinheim, Basel: Beltz-Verlag.
https://www.beltz.de/sachbuch_ratgeber/produkte/details/47796-was-wird-es-denn-ein-kind.html

Cusk, Rachel 2019: Lebenswerk. Über das Mutterwerden. Suhrkamp.
<https://www.suhrkamp.de/buch/rachel-cusk-lebenswerk-t-9783518428894>

Tretau, Alisa (Hg.) 2018: Nicht nur Mütter waren schwanger. Edition Assemblage.

<https://www.edition-assemblage.de/buecher/nicht-nur-muetter-waren-schwanger/>

Jana Heinicke 2022: Aus dem Bauch heraus. Wir müssen über Mutterschaft sprechen. München: Goldmann
<https://www.penguin.de/Paperback/Aus-dem-Bauch-heraus/Jana-Heinicke/Goldmann/e596350.rhd>

Wurzeln Bande Flügel – Familie als Ort der Sozialisation, Kontrolle und Emanzipation. Edition Waldschlösschen. Männerschwarm Verlag Berlin 2021. Online verfügbar.

Stellungnahme zur Reform des Abstammungsrechts von Nodoption, djB, BASJ und LSVD:
<https://www.djb.de/presse/stellungnahmen/detail/st23-12>

Kitchen Politics (Hg.) 2021: Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit
<https://www.edition-assemblage.de/buecher/mehr-als-selbstbestimmung-kaempfe-fuer-reproduktive-gerechtigkeit/>

Stellungnahme für die Aufrechterhaltung des Verbots von Leihmutterschaft und Eizellspende vom Netzwerks fem*ini:
<https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/stellungnahmen/juni-2021/fuer-reproduktive-gerechtigkeit-reproductive-justice>

Anne Steckner 2018: Liebe, Ex und Zärtlichkeit. Familie von links erobern:
<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/familie-von-links-erobern/>

Annika Mecklenbrauck, Lukas Böckmann (Hg.) 2017: The Mamas and the papas. Reproduction, Pop und widerspenstige Verhältnisse. Ventil-Verlag.
<https://www.ventil-verlag.de/titel/1553/the-mamas-and-the-papas>

Barbara Peveling, Nicola Richter (Hg.) 2021: Kinderkriegen. Reproduktion reloaded. Nautilus Flugschrift.
<https://edition-nautilus.de/programm/kinderkriegen/>



ROMANE, KINDERBÜCHER, HÖRSPIELE

Yandé Seck 2024: Weiße Wolken.
Roman zum Thema Elternschaft und Schwarzsein.
<https://www.kiwi-verlag.de/buch/yande-seck-weisse-wolken-9783462004977>

Joseph Cassara 2019: „Das Haus der unfassbar Schönen“.
Roman zum Thema „Houses“ in der queeren Community der USA der 80er und 90er Jahre
<https://www.kiwi-verlag.de/buch/joseph-cassara-das-haus-der-unfassbar-schoenen-9783462051698>

Lena Müller und Leo Weyreter: Tiefer Sinken auf Sandigem Grund.
Hörspiel zum Thema unterschiedliche Perspektiven auf Mutterschaft:
<https://www.hoerspielundfeature.de/tiefer-sinken-auf-sandigem-grund-100.html>

Anne Steckner: Das Baby von Bethlehem. Die Geschichte einer Geburt.
Kinderbuch, das eine weltliche, feministische Perspektive auf die Weihnachtsgeschichte wirft
<https://babybethlehem.de/>

Cory Silverberg, Fiona Smyth: Wie entsteht ein Baby? Ein Buch für jede Art von Familie und jede Art von Kind.
Kinderbuch über die Entstehung von Babys ganz ohne geschlechtliche Bezeichnungen.
https://www.mabuse-verlag.de/mabuse/mabuse-verlag/wie-entsteht-ein-baby-kinderfachbuecher_pid_200_17777.html

Rachel Greener: Ein Baby! Wie eine Familie entsteht.
Kinderbuch über vielfältige Formen von Familien
<https://www.penguin.de/Buch/Ein-Baby-Wie-eine-Familie-entsteht/Rachel-Greener/Penguin-Junior/e590441.rhd>

Britta Kiwit, Emily Claire Völker (2023): Ach, das ist Familie!? Vielfalt, Zusammenleben und Aufklärung. Mit Tipps für Eltern und Bezugspersonen.
Kinderbuch über vielfältige Formen von Familien
<https://www.emf-verlag.de/buecher/kinderbuecher/sachbuecher/ach-das-ist-familie/978-3-7459-2011-6>

Cai Schmitz-Weicht, Ka Schmitz: „Maxime will ein Geschwister“.
Kinderbuch zum Thema Geschwisterchen bekommen in einer Familie mit zwei Müttern
<https://binobino.de/produkt/maxime-will-ein-geschwister-schmitz-weicht-schmitz/>

Cai Schmitz-Weicht, Ka Schmitz: „Wie Lotta geboren wurde“.
Kinderbuch über ein Kind mit trans Papa
<https://binobino.de/produkt/wie-lotta-geboren-wurde-schmitz-weicht-schmitz/>



BLOGS, PODCASTS, & BROSCHÜREN

Blog „Kinder oder keine?“

Eine vielstimmige Erfahrungssammlung zum Leben mit und ohne Kinder

<https://kinder-oder-keine.de>

Broschüre Trans mit Kind

<https://www.bundesverband-trans.de/publikationen/trans-mit-kind/>

(Queeres) Hebammen Wiki

In Entstehung

<https://www.hebammenwiki.de/wiki/Hauptseite>

Queermed Deutschland — Verzeichnis für queerfreundliche und -sensibilisierte Ärzt*innen

<https://queermed-deutschland.de/>

Podcast: Eltern ohne Filter. Von Bayern 2.

<https://www.br.de/mediathek/podcast/podcasts/eltern-ohne-filter/alle-staffeln/821>

Dramaserie Pose

Erzählt von der New Yorker Ballroom Community der späten 1980er bis 1990er Jahre handelt,

<https://www.unauf.de/2022/live-work-pose-new-yorks-ball-culture-auf-netflix/>

Paris is Burning

Dokumentarfilm über die Ballroom Kultur der queeren Community in den USA

<https://gender-mediathek.de/de/media/remote-video/paris-burning-dt-paris-brennt.>



INSTITUTIONEN

NoDoption — Initiative gegen Diskriminierung von Queers im Abstammungsrecht

<https://www.nodoption.de/>

Cocoon — queeres Hebammenkollektiv

<https://www.cocoon-hebammenkollektiv.de/>

<https://www.zeit.de/zett/politik/2020-10/wie-dieses-hebammenkollektiv-trans-und-queeren-menschen-beim-elternwerden-hilft>

BerTa — Beratungsstelle, Treffpunkt und Anlaufstelle für Regenbogenfamilien

<https://regenbogenfamilien-stuttgart.de/>

Adis e.V. — Träger der professionellen Antidiskriminierungsarbeit in Tübingen

<https://adis-ev.de/>

Queersensibles Lektorat

<https://www.queersensitivityreading.com/>

Akademie Waldschlösschen — queere Bildungsstätte

<https://www.waldschloesschen.org/de/>

Bundesverband behinderter und chronisch kranker Eltern

http://www.behinderte-eltern.de/Papoo_CMS/?menuid=1&getlang=de

Geburtshaus Tübingen

<https://geburtshaus-tuebingen.de/>

Impressum:

tifs-Schriftenreihe

Gender- und diversitätsbewusste Theorie und Praxis 2024, Nr. 6,

Erscheinungsdatum: Januar 2024 (Online-Veröffentlichung),

ISSN 12364-365X

Herausgeberin:

Forschungsinstitut tifs e.V.

Rümelinstr. 2

72070 Tübingen

Inhaltliche Verantwortung: Bettina Staudenmeyer

Autor*innen: Bettina Staudenmeyer, Imran Kabacaoglu, Maria Bitzan

Lektorat: Valo Christiansen

Layout: Fanny Kranz

Titelblatt: pexels-zaksheuskaya-1616403

Zitiervorschlag:

Forschungsinstitut tifs e.V. (Hrsg.) 2024: (Queer-)Feminismen im Dialog — Elternschaft in Bewegung. Eine Veranstaltungsreihe des Forschungsinstituts tifs e.V. November 2022 — Juni 2023. Dokumentation. Tübingen: Schriftenreihe des Forschungsinstituts tifs e.V., Gender- und diversitätsbewusste Theorie und Praxis 2022, Nr. 6.